

# Arbeiter-Zeitung

A

**SPD- und SAP-Genosse  
werde roter Wahlhelfer  
für Ernst Thälmann**

**Arbeiter-Zeitung**  
Sächsisch 2 Bl.  
Polenland = 2 Bl.  
mehrmals 2,15 Bl.  
abgeschaltete Bl.  
Sammlungsansagen  
metzeile ober dem  
Haupterpektion um 8 Uhr; in den Mitteln am Tage vorher bis 19 Uhr.

**für Schlesien**  
**Organ der SPD, Sektion der 3. Internationale**  
**Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“**  
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

**Haupterpektion:** Breslau 10, Krasnitzer Straße 50. Ver-  
treter: 400 Bl. **Verlag:** Breslau 10, Krasnitzer  
Nr. 544. — **Redaktion:** Breslau 10, Krasnitzer Straße 50 (Bordow-  
haus). **Verleger:** 439 Bl. **Vertrieb:** Montag 14  
Freitag von 17—18 Uhr. — **Vertrieb:** Breslau. — **Ver-  
lag:** Schiffsche Verlags-Gesellschaft m. b. H., Breslau 10, Krasnitzer  
Straße 50. **Verleger:** 400 Bl.

## Neuer Verrat der SAP.-Führer

**SAP.-Reichstagsfraktion für Weiterzahlung der Polizeigelder zur Niederhaltung der Arbeiterklasse**  
**SAP.-Genossen, brecht mit diesen Welsagenten / Kommt zur Partei Lenins, Liebknechts Luxemburgs!**

**Breslau.** Die kommunistische Reichstagsfraktion hatte unter anderem auch nachstehenden Antrag Nr. 1332 eingebracht:  
**Zorgler und Genossen.** Der Reichstag wolle beschließen:  
die Reichsregierung aufzufordern, alle Zahlungen von Polizei-  
kostenzuschüssen an die Länder mit sofortiger Wirkung einzus-  
tellen;  
im Falle der Ablehnung:  
die Reichsregierung aufzufordern, alle Zahlungen von Polizei-  
kostenzuschüssen an das Land Braunschweig mit sofortiger  
Wirkung einzustellen.

Breslau, den 19. Februar 1932.  
Zorgler — Frau Ahlers — Frau Augustat — Beder (Breslau)  
Wohlfahrt — Kreuzburg — Frau Esser (Westfalen) — Gesele  
Frau Himmeler (Chemnitz) — Görndt — Jadaß — Rippenberger  
König — Koenen — Frau Möriener — Leow — Dr. Löwenthal  
Puh — Rödel — Röhlich — Frau Reije — Schröder (Merseburg)  
Schub — Schumann (Thüringen) — Schwarz (Bremen)  
Welfmann — Frau Jule

Dieser Antrag fand in der Sitzung vom Freitag, dem 28. Fe-  
bruar, zur einstimmigen Annahme. Die Abgeordneten Fortuna,  
Dr. Rosenfeld, Seydewitz, Dr. Siemsen und Ziegler — Ströbel soll  
nach dem Reichstagsprotokoll krank gewesen sein — haben laut Pro-  
tokoll, das uns gedruckt vorliegt, die Einstellung aller Zahlungen von  
Polizeikostenzuschüssen an die Länder abgelehnt. Sie haben, genau  
so wie die Sozialdemokraten, aus rein agitatorischen Gründen dem  
zweiten Abteil des Antrages — Einstellung aller Zahlungen von Po-  
lizeikostenzuschüssen an das Land Braunschweig — zugestimmt.  
Die Bewilligung der Polizeigelder an Severing durch die SAP-  
Führer zeigt ganz offen die Zuhälterrolle dieser Agenten von Wels  
für den Sozialfaschismus, für den Polizeifaschismus Severings, der  
täglich gegen die Arbeiterklasse praktiziert wird. Die Seydewitz,  
Ziegler u. Co. haben durch ihre von den Kommunisten erzwungene  
offene Stellungnahme dem Polizeiminister Severing damit das volle  
Vertrauen ausgesprochen.

damit für Brüning und Hindenburg ein. Jetzt werden die SAP-  
Arbeiter erst begreifen, daß das, was die Kommunisten über die  
Seydewitz u. Co. behaupten, wahr und nur von dem Klasseninteresse  
diktiert ist. Die SAP-Arbeiter werden ferner begreifen, daß die Auf-  
forderung der Seydewitz und Rosenfeld, für Thälmann zu stimmen,  
nur ein Lippenbekenntnis ist. Die SAP-Arbeiter werden aber mit  
Ernst Thälmann, dem Führer des Kampfes um die nationale und  
soziale Befreiung, aus ehrlicher Überzeugung und Begeisterung für  
den Sieg des Sozialismus kämpfen. Der Verrat der SAP-Führer  
durch die Bewilligung der Polizeigelder zur Niederhaltung der Ar-  
beiterklasse muß mit dem vollständigen Bruch beantwortet werden.  
**SAP-Genossen! Kommt zur Partei Lenins, Liebknechts und  
Luxemburgs!**

**„Hitler ist die letzte Hoffnung ...“**  
**Der Wahlauftritt der NSDAP, verspricht:**  
„Hitler ist die letzte Hoffnung derer, denen man alles nahm.  
Haus und Hof, Ersparnisse, Existenz, Arbeitskraft, und  
denen nur eines blieb, der Glaube an ein gerechtes Deutsch-  
land, das seinen Volksgenossen wieder Ehre, Freiheit und  
Brot geben wird.“

**Aber die Führer der NSDAP, erklären:**  
„An sich ist es nicht Staatsaufgabe, arbeitsfähige Menschen  
auf Staatskosten zu ernähren.“ (Föder.)  
„Die Arbeitslosenunterstützung macht arbeitsscheu, man  
kann schon von einer Arbeitsflucht reden ...“  
(Völk. Beob., 4. 3. 1931.)

**Und ihre Taten sehen so aus:**  
Frick setzte als Innenminister Thüringens den Etat für

die Wohlfahrtspflege um 986 000 Mark herab. (Zugleich aber  
erhöhte er die Ausgaben für die Minister um 16 000 Mark  
und zahlte jährlich 2 Millionen an die abgetakelten Fürsten.)  
Im Reichstag stimmten die Nazis für den Millionenabbau des  
Sozialrenten, für Krankenschein- und Medizingebühren.  
Sie stimmten gegen den Antrag der Kommunisten, die  
Arbeitslosenunterstützung auf alle Erwerbslose und für die  
volle Dauer der Erwerbslosigkeit zu zahlen und sie auf  
26 Mark zu erhöhen.

Im Hamburger Senat und in Braunschweig  
(wo Nazi Klassen Minister ist) stimmten sie gegen kom-  
munistische Anträge auf Winterhilfe für die Erwerbs-  
losen.

Im Reichstag verlangten die Nazis Erhöhung der Schutz-  
zölle, d. h. Verteuerung der Lebensmittel.  
Die thüringische Regierung unter Frick schlug dem Land-  
tag vor, die Pachten der Staatsgüter herabzusetzen. — Eine  
Herabsetzung der Pachten für Kleinbauern und kleine  
Pächter wurde nicht durchgeführt.

In Thüringen wurden unter Frick allein in drei Monaten  
400 Zwangsversteigerungen bei Kleinbauern durchgeführt.

**Hitler, die letzte Hoffnung der Kapitalisten!**  
Nicht für die Hungernden, Verarmten setzt sich Hitler ein.  
Er vertritt nur die Interessen des Kapitals. Ihn und die  
übrigen Naziführer kümmert nicht der Hunger und das  
Elend der Massen. Die Worte und Taten der Naziführer  
haben alle die eine Richtung: gegen die Armen — für die  
Reichen.  
Gegen Faschismus und Kapitalismus kämpft allein die rote  
Einheitsfront aller Ausgebeuteten, die Front des roten Ar-  
beiterkandidaten Ernst Thälmann.  
Für die Armen gegen die Reichen!

### Wer der Severingpolizei die Gelder bewilligt, der ist ein Feind der Arbeiterklasse!

Auch die preussische Polizei ist ein Unterdrückungsinstrument der  
herrschenden Klasse gegen die um Arbeit, Brot und Freiheit kämp-  
fende Arbeiterklasse.

### Polizei wichtiger als Tuberkulosebekämpfung

In den Unterkonten des Polizeirechts Severings findet man  
folgende Ausgaben:

Polizeianwärtswesen	2 068 000 Mark
Kranke Polizeihunde und Pferde	2 957 000 "
Berufung der Polizeipferde	2 546 000 "
Polizeimaschinen und Munition	2 280 000 "
Polizei-Kraftfahrzeuge	3 737 000 "
Dagegen:	
Erforschung und Bekämpfung der Krebs- krankheit	28 500 Mark
Bekämpfung der Tuberkulose	760 000 "
Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten	25 000 "
Gebammenwesen	5 000 "
Arbeitsfürsorge	19 000 "

### Kein Geld für Arbeiterkinder

Trotzdem im Jahre 1928 selbst nach strikteren amtlichen Angaben  
14,8 Prozent aller Schulkinder unterernährt waren (diese Zahl ist in-  
zwischen gestiegen), wurden in den Etat Brauns und Severings nur  
lächerliche Summen für die gesundheitliche Fürsorge der Schulkinder  
eingesetzt. Im Jahre 1930 waren es „noch“ 72 000 Mark, für das  
Jahr 1931 bekam es die Preußenregierung fertig, diesen Betrag um  
42 000 Mark zu kürzen, so daß nur noch 30 000 Mark übrig blieben.

Für Kindererpflegung waren im Jahr 1930 „noch“ 500 000 Mark  
eingesetzt, für das Jahr 1931 wurden auch hier nicht weniger als  
30 000 Mark gestrichen.

Die preussische Regierung ist die stärkste Stütze der Brüning-  
Diktatur. Und wer für Severing und seine Polizei eintritt, der



**Werktätige Frauen!**  
Formiert heute am Internationalen Frauentag die Kampftruppe gegen imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjet-  
union!



# Ein Tag des Kampfes gegen den imperialistischen Krieg

Der Internationale Frauentag in diesem Jahre fällt in eine Situation der schärfsten Massenkämpfe und des imperialistischen Krieges. Die Krise hat die Widersprüche des kapitalistischen Systems bis zur Entfesselung eines neuen Weltkrieges gesteigert. Der japanische Überfall auf das chinesische Volk ist der Auftakt des Interventionskrieges gegen die Sowjetunion.

Die imperialistischen Räuber bereiten ihr blutiges Bombardement in China. Die Arbeiteriertel der Hafenstadt Schanghai gleichen Trümmerhaufen. Mit den modernsten technischen Kriegsmitteln wird der Vernichtungsfeldzug gegen das chinesische Volk durchgeföhrt. Gasangriffe vernichten Tausende von Menschenleben. Tausende Frauen und unschuldige Kinder werden von Atombomben zerföhrt. Flüchtlingslager durch Plünderangriffe zu Totensfelder gemacht. Unbarmherzig, grausam mütet der von den Kapitalisten organisierte Krieg.

Der nächste Schritt der Imperialisten ist der Angriff auf die Sowjetunion. Schon werden weißgardistische Truppen an der Grenze zusammengezogen. Der Überfall auf die Sowjetunion ist der Kampf der Imperialisten gegen das Land der proletarischen Diktatur, gegen das Land, in welchem der sozialistische Aufbau von den Arbeitermassen begeistert durchgeführt wird. Durch den Krieg soll der Sozialismus ausgerottet und die kapitalistische Sklaverei verewigt werden.

Die Verteidigung der Sowjetunion ist Verteidigung des Sozialismus! In der Sowjetunion, dem einzigen Lande der Welt, ist die Frau befreit. Dort brüden die schaffenden Frauen nicht mehr die Fesseln der Ausbeutung und Unterdrückung. Gleichberechtigt bauen die sozialistischen Frauen mit am Sozialismus. Die Fabrikarbeit ist für die russische Frau keine Last, sondern eine Ehrenpflicht. Allein im Jahre 1931 hat über eine Million Frauen in die Produktion eingereicht worden. Der zweite Fünfjahrplan, der die Liquidierung der Klassengesellschaft bringt, wird neue Millionen Frauen in die produktive Arbeit einreihen. Der sozialistische Staat hat der russischen Frau die Doppellast abgenommen. Durch Errichtung von Kripeschulen, von großen Zentralwaschküchen, Kinderkrippen sind die Hausklaverei aufgehoben. Der Schutz für Mutter und Kind befreit die Frauen von der Sorge um das "Duzen". Die Sowjetunion ist das einzige Land, das einen Geburtenüberschuß aufzuweisen hat. Den Frauen sind alle Türen zur Wissenschaft, zur Technik, zur Kunst weit offen. Ein neuer Frauentyp wächst im sozialistischen Land heran. Die Neigung der sozialistischen Wirtschaftsformen löst die alte Lebensweise ab. Mit jedem Tag mehr heben sich die Frauen über die alten kapitalistischen Formen des Familienlebens und werden zu bewußten Mitgliedern der sozialistischen Gesellschaft. Das sozialistische System schafft Arbeit, Brot und Freiheit!

Der Kampf der Arbeiterinnen und werttätigen Frauen gilt dem kapitalistischen System, das die Not und das Elend des arbeitenden Volkes von Tag zu Tag vergrößert und mit faschistischen Methoden die Arbeiterklasse unterdrückt. Die deutsche Bourgeoisie plündert die Arbeiterinnen und Arbeiter schamlos aus. Sie hat den Lohn der Arbeiterinnen auf ein Hungerniveau heruntergedrückt. Sie hat den erwerblosen Frauen die Unterstützung gänzlich gestohlen. In der Kameradschaftsbildung der Hindenburg-Brüning und Braun-Prezierung gehen tausende Arbeiterfamilien zugrunde.

Der Kampf der Arbeiterinnen und werttätigen Frauen gilt dem imperialistischen Kriegsverbrechern. Auch die deutsche Bourgeoisie ist für den imperialistischen Krieg. Der Raubkrieg Japan gegen China ist für die deutschen Kapitalisten ein Geschäft. Aus dem Blute der im Krieg gefallenen Arbeiter schöpfen sie ihre Profite. Die Chemie- und Gießgasfabriken arbeiten mit Hochdruck. Millionen von Sprengkapseln und Handgranaten werden von Deutschland nach dem Osten transportiert. Die Werke heizen auch die Ausbeutung der Arbeiterinnen in den Munitionsfabriken, die zu den durch Kameradschaftsbildung hungerelenden Schichten müssen.

Die deutsche Sozialdemokratie und die Zweite Internationale unterstützen den Raubkrieg der Imperialisten. Auch die schamlosesten Friedensphrasen der Arbeiter und Genossen können diese aktive Mithilfe am Krieg nicht vertuschen. Die Sozialdemokratie steht in der Front der Kriegsverbrecher und Kriegshörer gegen die Sowjetunion. So wie die Sozialdemokratie 1914 die Arbeiterklasse in den Krieg gekehrt hat und Durchhalteparolen predigte, unterstützt sie heute den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion und macht eine schamlose Kriegpropaganda in den Betrieben, daß der Krieg den Arbeitern Arbeit und höhere Löhne bringen werde. Sie will damit verhindern, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen den Kampf gegen die eigene Bourgeoisie, den Kampf gegen den imperialistischen Krieg aufnehmen und den Angriff auf die Sowjetunion verhindern.

Arbeiterinnen und werttätige Frauen! Organisiert in den Betrieben den Kampf gegen den imperialistischen Krieg. Wählt in den Betrieben Arbeiterinnendelegierte. Verweigert Lieferungen und Transporte von Kriegsmaterial. Fordert Erhöhung eures Lohnes. Schafft Unterstützung unter den Arbeiterinnen über den Angriff der Imperialisten auf die Sowjetunion. Kämpft mit der Waffe des Streiks für eure miltaristischen und politischen Forderungen. Kämpft gegen die Sozialdemokratie als die Partei der Kameradschaftspolitik und Kriegshörer. Boreit darauf, daß eure Männer in den Betrieben keinen Handschlag tun für Kriegsmaterial gegen die Sowjetunion.

Am Tage der Präsidentenwahl geht der Kriegstreibern und dem Kameradschaftsbildungsdiktator Duesterberg die Antwort. Er wird mit dem roten Kandidaten Ernst Thälmann gegen den imperialistischen Krieg, für den sozialistischen Frieden!

Der 8. März ist ein Kampftag der werttätigen Frauen gegen den imperialistischen Krieg. Genau wie 1915 die sozialistischen Frauen zu sehen waren, die sich gegen den imperialistischen Krieg verweigerten und die Fahne der internationalen Solidarität über die Schlachtfelder hinweg hochhielten, müssen am Internationalen Frauentag in diesem Jahre die Arbeiterinnen und werttätigen Frauen in diesem Kampf gegen den imperialistischen Krieg wieder zu sehen sein. Sie müssen unter Führung der Kommunistischen Internationale den Kampf aufnehmen für die Verteidigung der Sowjetunion, für die Verteidigung des chinesischen Volkes, für den Sozialismus.

Für ein freies, sozialistisches Deutschland!

# Der Attentäter Stern von den Kriegsverbrechern gedungen

Nur an der Bereitschaft der Arbeiterklasse, die Sowjetunion mit allen Mitteln zu verteidigen werden die Provokationen der Imperialisten zerföhren!

Moskau, 7. März. (Eig. Drahtbericht.) Über das bisherige Ergebnis der Untersuchung der Hintergründe des Attentats auf den deutschen Botschaftsrat Twardowski macht die GPU folgende Mitteilung: „Der Attentäter Stern, der, wie bekannt, auf den Botschaftsrat Twardowski geschossen hat, hat ein Teilgeständnis abgelegt. Er erklärte, er gehöre einer Terroristengruppe an, die im Auftrage des Auslandes sich zur Aufgabe gemacht hat, die internationale politische Lage der Sowjetunion zu verschlechtern und eine Krise in den Beziehungen zwischen Deutschland und der Sowjetunion durch ein Attentat hervorzurufen.“ Die weiteren Einzelheiten über das Geständnis des Attentäters Stern werden in den nächsten Tagen veröffentlicht. Das bis jetzt abgelegte Geständnis zeigt, daß der Attentäter Stern ein Werkzeug der imperialistischen Kriegsverbrecher ist. Dieser Fall zeigt, daß erhöhte Wachsamkeit und Bereitschaft der Arbeiterklasse zur Verteidigung der Sowjetunion das Gebot der Stunde ist.

## Interventionsarmee in der Mandchurei

Moskau, 7. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Regierung des von Japan gebildeten „selbständigen“ Mandchurischen Staates, hat beschloffen, eine Armee in Stärke von 100 000 aufzustellen. Die Organisation und Ausbildung dieses Heeres soll durch japanische

## Antikriegstundegebung werttätiger Frauen

Langenbielau. Am Sonntag, dem 6. März, fand eine von 300 werttätigen Frauen besuchte Kundgebung, in der die Genossin Scherer sprach, stand. Der Aufmarsch der arbeitenden Frauen war eine Antikriegstundegebung, in der diese das Gelöbnis für die Verteidigung der Sowjetunion abgegeben haben. Die Genossin, Textilarbeiterin, hat die Kundgebung mit folgenden Worten eröffnet:

Wir lassen keinen Krieg gegen unser Vaterland die Sowjetunion zu!

Wir werden gegen unsere eigenen Ausbeuter kämpfen!

Wir werden die Produktion von Schießbaumwolle verhindern! Schluß mit der Langmut. — Wir reihen uns ein in die Front mit Ernst Thälmann, für ein sozialistisches Aite-Deutschland!

Die Mobilisierung der Arbeiterinnen in den Textilbetrieben zur Verhinderung der Herstellung von Kriegsproduktion, wo in den Kunstleidenabteilungen die Produktion in zwei Stunden auf Herstellung von Schießbaumwolle umgestellt werden kann, ist unsere dringendste Aufgabe. Heute, am Internationalen Frauentag, müssen wir unsere

## Terrorurteile der Glogauer Klassenjustiz

Entsacht einen Proteststurm in den Betrieben und Stempelstellen!

Glogau. Am Sonnabend nachmittag hat das Gericht die aneslagten Klassenbewußten Arbeiter, die dem faschistischen Überfall am 19. Juli vorigen Jahres in Aufzug abgewehrt haben, zu 31 Monaten Zuchthaus und 60 Monaten Gefängnis verurteilt. Der Textilarbeiter und Razionshändler Roszka, der den alten Arbeiter Schmeißer gemordet hat, erhielt ganze zwei Jahre Gefängnis.

Die Arbeiterchaft muß diese Klassenurteile, die einer Provokation gleichkommen, zum Anlaß einer gewaltigen und breiten Protestkampagne gegen die Klassenjustiz nehmen. Die Auswirkung dieser „harten“ Urteile gegen die Faschisten ist verstärkter Widerstand gegen alle revolutionären Arbeiter. Diesen faschistischen Orden kann nur durch die kämpfende rote Einheitsfront wirksam entgegengetreten werden. Bildet überall in den Betrieben, Stempelstellen und Wohnvierteln roten Massenelbstschutz.

## Mit den japanischen Arbeitern gegen den imperialistischen Krieg

Von Sen Katayama

Für ihren Ärger über den hartnäckigen Widerstand der chinesischen Soldaten rächten sich die Banditen des japanischen Imperialismus an den Frauen, Kindern und Greisen, an der wechlofen Einwohnerschaft, an jedem Lebewesen, das ihnen in die Hände fiel. Durch ihr Herrschertum suchten sie die Tatsache zu verbergen, daß sie gegen die heroischen Verteidiger von Tschapel — trotzdem die schwere Artillerie ihnen so hart zusetzte und die Flugmingtongeräter ihnen in den Rücken fielen — nicht vom Fleck kamen. Sie trieben die in den Straßen zufällig aufgegriffenen Chinesen vor sich her und durchbohrten sie mit ihren Bajonetten oder mäteten sie mit ihren Maschinengewehren nieder.

Sie machten auf Frauen und Kinder Jagd, probierten an ihnen die Zielsicherheit ihrer Gewehre aus und zerföherten ihnen Hände und Füße.

Mit Hilfe ihrer schweren Bombenflugzeuge suchten sie die chinesischen Städte in blutigen Seei zu verwandeln: Tschapel und Kanking, dann Sutschhou und Chantshou und so weiter ohne Ende. Der Tod ist das Massenfabrikat der imperialistischen Kriegsverbrecher. Die Telegramme schillerten ihn in bunten Farben:

Der Sonderkorrespondent der „Associated Press“ war erstant über den Anblick der zahllofen Getöteten aus der Zivilbevölkerung, darunter Frauen und Kinder, in der Nähe des Hjanwaner Hypodroms. Überall Leichen, überall Spalten erschörter, unversehrtlicher Verletzung. Überall Stöhnen, abgerissene Hände und Füße, auf das Plakat beschriftete Hinsehen. Hier hat die „Zivilisation“ ihr Best vollbracht!

Dieser Lage hat die internationale „Abriitunas“-Konferenz

Offiziere (!) erfolgen. Die Japaner zeigen immer klarer, daß sie unter allen Umständen einen Krieg gegen die Sowjetunion führen wollen. Auch die Bildung dieser Armee an der Grenze der Sowjetunion ist ein neuer Beweis in der Einreisungspolitik der imperialistischen Kriegsverbrecher gegen die Sowjetunion.

## Kandidat 4 wird gewählt!

Ernst Thälmann ist der Kandidat der Werttätigen in Stadt und Land

Der amtliche Stimmzettel für die Reichspräsidentenwahl enthält die Namen von fünf Kandidaten, und zwar in folgender Reihenfolge: 1. Duesterberg, 2. Hindenburg, 3. Götter, 4. Thälmann und 5. Betriebsanwalt Winter, der Mann mit den rot gestempelten Laufesmarken.

Die Kandidatur Winters ist wohl nur als ein komischer „Betriebsfall“ der Hindenburgrepublik zu betrachten. Die Kandidaten 1 bis 3 sind die Kandidaten des Finanzkapitals, der Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion, des Faschismus.

Die werttätigen Massen in Stadt und Land geben ihre Stimmen dem Kandidaten Nr. 4, Ernst Thälmann, dem Kandidaten der Arbeiterklasse, der als einziger den Kampf gegen das kapitalistische System und für ein freies sozialistisches Aite-Deutschland führt.

Verarbeitung unter den werttätigen Frauen besonders verstärkt durchgeführt.

## Amerikanisches Militärflugzeug in Hirschberg

Hirschberg. In Grunau traf, von Berlin kommend, ein amerikanisches Militärflugzeug mit dem amerikanischen Luftfahrattaché ein. Der Grunauer Flugleiter Wolf Hirt zeigte dem Amerikaner drei Antioschleppstarte mit einer besonders zu diesem Zweck von ihm konstruierten Maschine. Das Segelflugzeug wird jetzt nach Berlin gebracht, wo Hirt weitere Veruchsfüge durchführen will.

Die Anwesenheit amerikanischer Militärflugzeuge in Deutschland ist bestimmt nicht der Ausdruck der Abriistung und der Freundschaft des amerikanischen Dollarimperialismus. Damit wird den Werttätigen nur die Gemeinlichkeit der Freireffen der deutschen und amerikanischen Imperialisten im Kampfe gegen die Sowjetunion bemerkt.

Jeden Versuch einer allgemeinen Abriistung soll und ganz zurückgewiesen. Gegen die friedlichen Vorschläge der Sowjetvorkreter stimmte der ganze bürgerliche Konvent mit Ausnahme der Türkei, die den Frieden von Sevres getroffen und sich ihre nationale Unabhängigkeit erkämpft hat.

Eine Erklärung ist unmöglich, solange die kapitalistischen Räuber an der Macht sind, solange jenen, denen der Profit und der durch den Imperialismus legitimierte Todschlag heilig sind die Giltföhne nicht ausgeblasen werden.

Die Vorschläge Litwinskis wurden abgelehnt. Und die japanischen Bombenflugzeuge in immer größerer Zahl brachten Tod und Blut über China. Die kapitalistische Welt wünscht mit den Mördern nicht zu brechen. Sie unterstützt und ermuntert sie. Die deutschen Kapitalisten beeilten sich die Kriegsverbrecher zu bewaffnen.

Die englische Bourgeoisie hat nach den bescheidensten amtlichen Berechnungen allein im Jahre 1931 an Japan Waffen im Werte von 202 799 Pfund geliefert.

Die amerikanischen Kapitalisten haben Japan mit Waffen im Werte von 180 Millionen Dollar ausgerüstet. Es ist nicht nötig, die französische Schakale zu erwähnen. Sie sind die Verbündeten, Freunde und Beschützer der japanischen Banditen.

Die Bourgeoisie und die sozialfaschistische Presse schweigen und leuzen Scheinheiligkeit. Sie lassen ihre Stimme erschallen, wenn es gilt, gegen die Arbeiter, gegen die Sowjetunion zu gehen. Das ist die bürgerliche Pressefreiheit.

Nur die Arbeiter, die Werttätigen Europas und Amerikas — nur sie allein vermögen das Reg der internationalen Verschwörung der Imperialisten zu zerföhren.

Ich appelliere an das Gewissen des internationalen Proletariats: Handelt mit den japanischen Arbeitern und Bauern gegen den Krieg! Handelt, handelt, handelt!



Das sind die Kampffondsmarken der KPD.

Parteilogenosse sorgt für Massenverkauf im Betrieb, auf der Stempelstelle, auf dem Lande!



# Breslau

## Heraus zur öffentlichen Kundgebung

Anlässlich des Internationalen Frauentages am Dienstag, dem 8. März, 19 Uhr!

Off: Königgräber Straße (Zoodk.).

Zentrum: Neumarkt.

West: Striegauer Platz, ab 17 Uhr Plakonzert.

Süd: Friedrichsplatz, ab 18 Uhr Plakonzert.

Nord: Weissenburger Platz, 18 Uhr Plakonzert.

Nordost: Hirsch-, Ecke Bockstraße, ab 18 Uhr Plakonzert.

Arbeiterkinder, bringt auch eure Kinder zur Demonstration. Sie sind genau so unterdrückt und ausgebeutet wie ihr, deshalb müssen sie auch mit euch demonstrieren gegen Hunger, Not und Krieg, für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann!

## Rote Wahlhelferlotale

sind in den einzelnen Stadtteilen geschaffen

Süd:

Rangner, Woltfstraße, Ecke Augustastr.;  
Fleischerhof, Hubenstraße 104;  
Sportlerheim, Fichte, Siebenhufener Straße 15.

West:

Anglerheim, Reuthenstraße;  
Pionierheim der R.A., Friedrich-Wilhelm-Straße 89.

Nord:

Kofal Fohl, Rosenstraße 21.

Scheitnig:

Kofal Hirsch, Fichte, Ecke Bockstraße.

Ost:

Kofal Zoodk., Königgräber Straße.  
Wäro der Masch, Mäckerstraße 14, Seitenhaus, 1. Stg.

Arbeiter, Zungarbeiter, Arbeiterfrauen, meldet euch in den Agitationslotalen als rote Wahlhelfer zum Kampf Klasse gegen Klasse!

## Auch ein sehr gutes Sammelergebnis

In D. A. S. hat sich ein Genosse innerhalb kurzer Zeit auf ein Sammelergebnis von 13,35 Mark. Dies ist bei den anderen Gruppen, die in Breslau erst einige Monate die Ortsgruppe haben und somit eine sehr gute Leistung. Er zeigt, daß auch die Genossen auf dem Lande bei unserem guten Willen Erfolge erzielen können.

## „Materialistische Geschichtsauffassung“

Das Stück des vorangehenden Abends des Kurzes „Marxismus als Weltanschauung“ findet Abend in ein für sich abgeschlossenes, in dem eine sehr hohe Teilnahme war. Beginn 20 Uhr, in den Räumen der W. A. S. Platz 11.

„Freie Synchron-Verbreitung Breslau“. Dienstag, den 8. März, um 20 Uhr im Radisch im Paradiesstraße 17. Mitglieder-Versammlung zur Wahl des Vorstandes über „Kasse“. Referent Genosse Kofal. Bitte pünktlich erscheinen. Beginn 20 Uhr, in den Räumen der W. A. S. Platz 11.

## Lobe-Theater

„Raubnacht“, Schauspiel von Richard Hillinger

Dieses Stück des ebenfalls-bayerischen Bauernäbichters Hillinger führt mit unerschütterlicher Zuversicht die wilden Begebenheiten einer „Raubnacht“ in einem Bauerndorf am Rhein. Einen Tag nach der Winterkälte haben sich dort die Bauernleute, damit sie nicht von den Abgesandten abtrüben, und durchdrücken, ein „Raub“ angedacht, in holländischer Kaiserzeit die ganze „Raubnacht“, bei der ebenfalls als Verführung ein Bauerndorf in Flammen steht. In dieser Zeit, wo das Christentum nicht verstanden hat, die großen Feinden von Verbrechen, die nach Blut, Brand und Zerstörung zu verurteilen. Der Flur und der Wäldchen werden zerstört, wenn sie es wagen, den Leuten ihre „Raubnacht“ zu brechen. Das Stück ist auch sonst eine lebensvolle Mitteilnahme, wobei von den ausgezeichneten Plätzen jener verführten Leute Kenntnis, wie sie sonst leider nur allzu leicht in Schandung ist. Die Aufführung ist eine derartig gelungenen, wie sie sonst in Schandung ist. Die Aufführung ist eine derartig gelungenen, wie sie sonst in Schandung ist.

## Gegen imperialistischen Krieg und faschistische Arbeitsdienstpflicht!

Für Thälmann,

den Kandidaten der proletarischen Jugend!

Essentielle Diskussionsversammlung am Dienstag 20 Uhr im Lokal Czichos, Klosterstraße, Ecke Königgräber Straße. R.A.S., Breslau-Ost.

# Achtung! Oppositionelle Metallarbeiter

Heute 20 Uhr findet im „Roten Löwen“, Kupferschmiede-straße eine Sitzung aller oppositionellen DMV. Genossen statt. — Kein Genosse darf dieses Mal fehlen.

## Arbeiterchaft alarmbereit: Faschistenterror!

Breslau. Am Sonntagvormittag hatten die Nazis in Pöpelwitz eine Versammlung. Anschließend demonstrieren sie in drei Abteilungen im proletarischen Westen und überfielen dort die Arbeiter. Ein Arbeiter soll durch Messerstiche am Kopf erheblich verletzt worden sein. Auch das eingetroffene Ueberfallkommando prügelte mit auf die Arbeiterchaft ein.

An der Lorenzgasse wurde ein Arbeiter zu Boden geschlagen und mit Füßen getreten, so daß er blutüberströmt liegen blieb. Hier haben die Nazikontrolle dem Arbeiter noch die Aktentasche mit liegender Wäsche dabei geraubt.

Das ist wieder ein neues Beispiel des Faschistenterrors, der sich wahrscheinlich in diesen Tagen noch steigern wird. Dieser neue Blut-terror muß ein Signal für die gesamte revolutionäre Arbeiterchaft sein, überall die antifaschistischen Selbstschutzzellen zu verstärken, um dadurch weitere Gewaltmaßnahmen der Nazibanditen zu verhindern.

Arbeiter, denkt an Braunschweig, reißt euch ein in die rote Abwehrfront und verhindert damit alle faschistischen Mordüberfälle auf die Arbeiterchaft.

## 486 neue Kämpfer gegen den Faschismus

Dem Kampfbund gegen den Faschismus wird uns mitgeteilt, daß innerhalb der letzten vier Wochen 486 neue Kämpfer, darunter viele aus der SPD, und der RSDAP, ihren Beitritt zum Kampfbund vollzogen. Mit neuen Ortsgruppen konnten in dieser Zeit gegründet werden. So wächst die rote Massenfront gegen den imperialistischen Krieg und den Faschismus. In der Erkenntnis, daß nicht die „Eiserne Front“, sondern nur die rote Massenfront den Kampf gegen den Faschismus organisiert, kommen die Proleten zum Kampfbund gegen den Faschismus.

## Für Landarbeiterfrauen besteht keine Landarbeitsordnung

# Das Arbeitsgericht im Interesse der Gutsbesitzer

Offen. Am 20. Juli 1931 wurde vom Domänenpächter Herrn Nowak eine Frau plötzlich entlassen, weil dieselbe mit den anderen Frauen um 11.30 Uhr zum Mittagessen ging. Diese Zeit ist für Landarbeiter angelegt. An der Landarbeitsordnung heißt es, daß verheiratete Frauen möglichst früh zu entlassen sind, um für ihre Familie das Mittagessen zu bereiten. Herr Nowak aber verlangt von seinen Arbeiterinnen: „Nur und nichts — das Essen ist August!“ Die Arbeiter werden allerdings nicht danach behandelt. Die angegebene Tatsache ist kein Grund zur Entlassung. Herr Nowak weiß das ganz genau, sonst hätte er nicht geschrieben: „Wegen ungenügender Arbeitsleistung“, was gar nicht stimmt. Außerdem wurde nicht die gesamte Arbeitszeit angegeben, die die Frau bei ihm beschäftigt war. Das war 1929 bis 1930 und bis 20. April 1931.

Das Interesse des Arbeitsgerichts an dem Gutsbesitzer ist sehr offensichtlich. Der Mann trägt die Verantwortung für die Dauer der Termine? Erst vom 1. Dezember 1931 auf den 29. Dezember 1931, dann vom 21. Januar 1932 auf den 11. Februar, und

jetzt auf unbestimmt. Der erste Termin war am 26. Oktober 1931. Es wurde der Beweis erbracht, daß die Arbeitsbescheinigung nicht richtig ist. Hat das Arbeitsgericht etwa Angst, daß sich Herr Nowak insofern auf Schadensersatz verklagen mag?

Der Nowak, warum lassen Sie das Geld in dem Staatsloft nicht so lange liegen, wenn Sie im Jahre 1931 31 etwa für 50 000 Mark haltbar und dieses Jahr schon wieder für 3000 Mark? Wir Arbeiter beobachten Ihr Treiben sehr genau. Herr Nowak, warum ist der Arbeiter ungenügend worden, Pflanz, Beeren- und Holzsammler aus dem Staatsloft zu beweisen? Sollen dieselben die Schweinereien nicht aufdecken im Walde? Wir stehen auf Wappstein!

Es bleibt hier das Ministerium für Landwirtschaft, Domänen und Forsten? Die Land- und Forstarbeiter merken allmählich immer mehr, daß die Domänenpächter und Großgrundbesitzer ihre Klassenfeinde sind. Sie bekennen sich zur roten Einheitsfront, an der die „Leichen“ zerfallen wird.

## Gewerkschaftsmitglieder in der Thälmann-Front

# Baugewerksbund-Bürokratie tritt Forderung der Mitgliedschaft mit Füßen

Bunzlau. Seit einiger Zeit tobt am Orte im Deutschen Baugewerksbund ein erbitterter Kampf um die Ungültigkeitserklärung des Verbandsauschlusses der beiden oppositionellen Kollegen Gabel und Stuch. Die beiden Kollegen wurden vor Jahresfrist endgültig durch den Bundesvorstand aus dem Bund ausgeschlossen, nachdem sie schon ein halbes Jahr vorher ihrer Funktionen als erster Vorsitzender und erster Schriftführer enthoben wurden. Erbittert über diese diktatorische Maßnahme beteiligten sich fast 2000 Mitglieder der Mitgliedschaft wieder am Verbandskongress, nach heutigem inneren Organisationsleben, auch stellten große Teile überhaupt jegliche Beitragsleistung ein. Ende des vergangenen Jahres organisierte der herbelebte Teil eine Unterschriftenauskunft zur Wiederaufnahme der beiden Kollegen und sammelte dabei 150 Unterschriften für diesen Zweck. Diese wurden dem Ortsvorstand vorgelegt und

eine fürmische Mitgliederversammlung beschloß nochmals einstimmig, die beiden Kollegen wieder aufzunehmen.

Jedoch weder der örtliche Angestellte Reinhold Brand, noch der Bezirksvorstand denken daran, dem Willen der Mitglieder Rechnung zu tragen. Statt dessen erhielten beide Kollegen ein Schreiben mit folgendem Wortlaut:

Deutscher Baugewerksbund  
Bezirksverband Breslau  
Breslau, Margaretenstr. 17, IV.  
Herrn  
Ernst Gabel.  
Bunzlau.

Am 18. Februar ist von der Baugewerkschaft Bunzlau Dein Antrag auf Wiederaufnahme in den Bund hier bei uns eingegangen. Deinem Antrag kann leider nicht entsprochen werden, da Du nach wie vor für die R.G.D. eingetragenen bist und Dich hervorragend (!!) D. B. in dieser Organisation betätigst.

Weiter ist festgestellt worden, daß der Kampf der Unterschriften erst darüber gesetzt worden ist, nachdem die Kollegen unterschrieben haben. (Eine freche und gemeine Lüge! D. B.) Aber auch wenn das nicht der Fall wäre, kommt für die Bezirksleitung eine Wiederaufnahme nicht in Frage, da durch Dein Verhalten die Gewähr für ein in unserem Bund ersprießliches Arbeiten seitens Deiner Person nicht gegeben ist. Aus diesem Grunde lehnen wir zurzeit die Wiederaufnahme ab.

Deiner Wiederaufnahme wird in dem Moment nichts entgegenstehen, wenn Du das Statut für Dich als bindend anerkennt und im Sinne unserer Satzungen arbeitest.

Wenn Du darüber hinaus noch verlangst, daß Du auch in Deine alten Rechte eingesetzt werden willst, so müßtest Du Dich ganz besonders für die Interessen unseres Bundes einsetzen. Wir werden dahingehend Deine Tätigkeit beobachten, und wenn Du glaubst, Dich in einem Jahr gebessert zu haben, bitte ich Dich, Deinen Antrag noch einmal zu stellen.

Dein Gesuch habe ich an den Bundesvorstand nicht weitergegeben.

(Stempel.) Die Bezirksleitung: Arthur Schmidt.  
Mit solch anmaßenden Sätzen werden Klassenbewußte Arbeiter von der freigewerkschaftlichen Organisation ferngehalten. Dahinter steckt die große Angst vor der revolutionären Gewerks-

chaftsopposition, deren Einfluß in den Betrieben, auf den Bauhallen und unter den freigewerkschaftlich organisierten Kollegen in ständigem Wachsen begriffen ist. Ihr Herren Gewerkschaftsbürokraten und Wundenburg-Beschreier, dagegen helfen keine Ausschüsse und Terrormaßnahmen. Wohl ist es Rand noch einmal gelungen, eine ganze Anzahl Kollegen zur Zurückziehung der Unterschrift zu bewegen. Jedoch wie lange?

Beschämt müssen wir zugeben, daß unsere Arbeit in der R.G.D. in Bunzlau nicht immer hervorgehoben war, denn sonst würdet ihr euer unsauberes Handwerk nicht mehr zum Schaden der Arbeiterchaft ausüben. Wir werden die Besäumte nachholen!

Dann haben wir uns gebessert, allerdings im Interesse der Arbeiter nicht im Interesse der Gewerkschaftsbürokratie, die heute sogar die Mitglieder zwingt, dem Vertreter der Reaktion, des Faschismus und Krieger, nämlich Wundenburg, die Stimme zu geben, unter dessen Präsidenschaft die ungewerkschaftlichen Verschlechterungen durch Lohn- und Unterhaltungsraub mit dem Artikel 18 für die Arbeiterchaft durchgeführt wurden. Jeder Kollege muß erkennen, daß nur unter Führung der SPD, und R.G.D. kein Kampf zum Siege führt. Jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter marschiert in der Thälmann-Front!

## „Zu alt!“

Schwarzpulver. Vor ganz kurzer Zeit fand im Kreisbezirk P. A. S. die Wahl eines Ortsvorstandes statt. Es erhielten an Stimmen der stellvertretende Ortsvorstand Erich 15, Gustav Wittig 6 und Opi 2 Stimmen, somit war Herr Erich als Ortsvorstand gewählt. Die SPD-Fraktion wollte aber mit diesem Ergebnis nicht zufrieden sein, denn in ihrer „Raubnacht“ (ähnlich wie: „ein Mann über 20 Jahre!“) Wer nur aus dem Grunde, weil ihr Kandidat mit nur sechs Stimmen unter den Tisch gefallen war. Ob nun Herr Erich den Genossen vor der „Raubnacht“ zu jung oder zu alt gewesen ist, das entzieht sich unserer Kenntnis, aber wir glauben, daß letzteres der Fall sein wird. Nun, ihr SPD-Arbeiter, entscheidet Ihr selbst. Nach Ansicht eurer Führer ist ein Ortsvorstand von 20 Jahren zu alt, und auf der anderen Seite aber verlangen dieselben Leute von euch, daß ihr einen über 80 Jahre alten Wundenburg als Reichspräsidenten wählt. Eure Parole muß jetzt lauten: Nun erst reißt den Kandidaten der Armen, und das ist Ernst Thälmann.

Viele Hausfrauen wissen noch nicht, daß die Nagel-Gesellschaft für die fleißige Verwendung ihrer Erzeugnisse wertvolle Gegenstände des täglichen Bedarfs, wie Scher, Messer, Messer, ferner Servietten, Tischlächer usw. als Prämien gibt. Die Umhüllungen von Nagel's Suppenwürfeln, ferner von der Packung der Fleischbeiwürfel gelten als Gutschein. Den anderen Nagel-Erzeugnissen sind Einzelgutscheine beigelegt. Wer sie an die Nagel-Gesellschaft, Berlin W 33, einschickt, erhält dafür die ausgedruckten Gegenstände nach seiner Wahl. Bei dem täglichen Verbrauch der verschiedenen Nagel-Erzeugnisse ist bald die erforderliche Anzahl Gutscheine beisammen.



# Rund um den Erdball

## Millionen Frauen marschieren heute gegen imperialistischen Krieg



Weibliches Kanonenfutter für den polnischen und japanischen Imperialismus

Am heutigen internationalen kommunistischen Frauentag marschieren Millionen werktätige Frauen in allen Ländern für den revolutionären Kampf, gegen den in China bereits begonnenen Krieg, gegen die unmittelbare Gefahr eines neuen imperialistischen Weltkrieges und eines Interventionskrieges gegen die Sowjetunion, gegen den japanischen und den gesamten Weltimperialismus! Die deutschen werktätigen Frauenmassen benutzen den heutigen Kampftag gleichzeitig, um in Stadt und

Land die letzte Arbeiterfrau zu gewinnen für den Präsidentschaftskandidaten des Friedens, für den Kandidaten aller Armen, für den Arbeiter

**Ernst Thälmann**

# 5 Minuten Wahldebatte

## „U bermorgen gibt's Kleineres Uebel!“



sein. Wir müssen den wählen, der für uns einsteht. Und für die Armen steht nur Thälmann ein. Die anderen möchten ja auch, daß wir wieder die Felle sind. Weil sie sich uff unseren Rücken breit machen können. Und da haben sie recht. Wenn ein Arbeiter, so wie du einer, heute noch nicht weiß, wen er wählen soll, denn es er auch ein Felle, ein ganz großer Felle fogar.“

„Na ja doch, deswegen keine Feindschaft! Der muß doch sein rummen Menschen gelagt werden. Und wenn das so ist, wie du sagst, denn wird er schon kommen. Richard. Dazu kenn ich dir ja lange. Und er is ja auch so. Man möchte doch auch mal wieder was Berrühmtes sehen, als immer das Schweinefutter von den Amerikanischen Infanterien. Also wählt man Thälmann“

P. Körner.

## Unteroffizier erschießt zwei Arbeiter

Weil sie einen Streit schlichten wollten

Paris, 7. März. Am Sonnabend entdeckte eine Radfahrpatrouille der Polizei in Clermont-Ferrand in einer Straße unweit der Kaserne des 92. Infanterieregiments die Leichen zweier Arbeiter, die durch Revolverschüsse ums Leben gekommen waren.

Die Polizei fand unweit des Tatortes die von einem Mantel abgerissene Regimentsnummer des in Clermont-Ferrand stationierten 92. Infanterieregiments, nahm in der Kaserne Nachforschungen vor und stellte fest, daß an dem Mantel eines Sergeanten, der an dem Abend beurlaubt war, das Nummernschild fehlte. Auch in seinem Dienstrevolver fehlten sechs Patronen.

Der betreffende Unteroffizier wurde bei seiner Freundin entdeckt, wurde verhaftet und hat die Tat eingestanden. Er gab an, daß er mit seiner Freundin auf der Straße gestritten habe und daß die beiden Zivilpersonen „Schlichtend hätten eingreifen“ wollen. Bei dem sich entwickelnden Streit habe er die beiden dann kurzerhand niedergeschossen.

## Oberlandjäger erschossen

In Schiffweiler bei Saarbrücken wurde der Oberlandjäger Schlot von bisher unbekanntem Täter erschossen.

## Doppelmord aus Eifersucht

Täter verüb' Selbstmord — Vater erleidet Schlaganfall

Gelsenkirchen, 7. März. Eine furchtbare Missetat wurde in der Nacht zum Montag in Gelsenkirchen verübt. Gegen 3 Uhr fielen vor der Einfahrt eines Hauses in der Grillostraße plötzlich rasch aufeinander sechs Schüsse. Man fand die 29jährige geistlichene Ehefrau Ida Wilt mit vier Schusswunden und den 27 Jahre alten Maschinenführer Friedrich Kümmler mit einem Schuß in der Brust schwer verletzt auf.

Die Mordkommission veranlaßte die Heberführung der beiden ins Krankenhaus, wo sie kurze Zeit darauf verstarben. Trotzdem niemand den Täter gefangen hatte und die Verletzten nicht mehr sprechen konnten, gelang es nach kurzer Zeit, den 30 Jahre alten Schloßer Alfred Schwill aus Gelsenkirchen als Mörder zu ermitteln. Schwill war um drei Uhr bei seinem in der Ringstraße wohnenden Bruder erschienen und hatte dort gesagt: „So, die sind erledigt.“ Alsdann trank er ein Glas Wasser und mit den Worten „Ich gehe in den Kan.“ verließ er die Wohnung. Er wurde am Montag vormittag an der Kanalbrücke bei Gelsenkirchen-Bismarck aufgefunden, wo er sich mit derselben Pistole, mit der er seine beiden Opfer getötet hatte, einen tödlichen Schuß beigebracht hatte.

Der 60 Jahre alte Vater des Täters, der als Portier bei den Gelsenkirchener Gußhüttenwerken angestellt war, erlitt, als er die Nachricht von der Tat und dem Selbstmord seines Sohnes erhielt, einen Schlaganfall, dem er kurze Zeit darauf erlag. Die bedauernswerte Mutter liegt auf den ausgehenden Schreden schwer erkrankt darnieder. Auch mit ihrem 10 Jahre alten Sohn wird mühsam gerechnet.

## Lindbergh verhandelt mit „Untermittler“

Kein Vertrauen zu Amerikas korrupter Polizei

New York, 6. März. Die Zeitung „American“ hat um 19 Uhr amerikanischer Zeit in großer Aufmachung bekanntgegeben, daß Lindbergh mit Hilfe zweier Gangster, Spitalo und Wik, die Verbindung mit dem Entführer seines Kindes aufgenommen habe und daß die Rückgabe des Babys nach Zahlung des Lösegeldes innerhalb 48 Stunden zugesichert worden sei.

„American“ berichtet ergänzend, daß die Familie Lindbergh in der Nacht zum Sonntag einen Geheimbrief erhalten habe mit der Nachricht, daß das Baby gesund sei. Spitalo ist ein mächtiger New Yorker Untermittler. Seiner Ernennung zum „Lindberghmann“ hat die Polizei im Gefühl ihrer Schmach ausdrücklich zugestimmt.

Dieselbe durch und durch vom Dollar korrumpierte Polizei ist aber eines der schneidigsten und brutalsten „Ordnungs“-Instrumente des kapitalistischen Systems, wenn es heißt, ehrliche Arbeiter zu verfolgen, die es wagen, für ihre Menschenrechte zu kämpfen.

## Zwei Arbeiterkinder vermißt

Seit Sonnabend werden die beiden Kinder des Berliner Arbeiters Kupp aus der Dänenstraße 19 vermißt. Die beiden Kinder, ein Mädchen im Alter von zwei Jahren und ein vierjähriger Knabe, haben an diesem Tag bei Angehörigen in einer Laubenkolonie gespielt und sind seitdem verschwunden.

## Christliches Kriegsgeschäft

Zwei Broschüren — Zwei Wahlhelfer

In einer Belegschaftsversammlung der August-Thyssen-Hütte in Hamborn erklärte der christliche Gewerkschaftssekretär Wagner u. a.: „Krise und Krieg seien Naturerscheinungen, die Krise könne nur durch den Krieg beendet werden. Der Krieg in China bedeute auch für die deutschen Arbeiter sehr viel, er werde uns Gelegenheit zur Beschaffung von Arbeit und damit auch Brot bringen.“

„Ruhr-Echo“ 1. März 1932

SPD- und christliche Zentrumsbunzen in der Front der imperialistischen Kriegshetze. Klärt die christlichen Arbeitskollegen auf und verbreitet die Broschüren:

... und das Zentrum? (Preis 10 Pfennig)

Litwinow: „Die Sowjetunion und ihre Friedenspolitik.“ (Preis 5 Pfennig)

Wendehalsend Richard du bist ja heut aus wie 'ne Wahljahrschaulette

Wie — was?

„Wie 'ne Wahljahrschaulette? Was bist denn dich gegangen? Gehten? — Aber nicht! Werkt doch, wie das bei uns Erwerbslosen sagst. Wenn man's sozial wärd, heut gar's davon die Meier hat morgen das, wie davon abhänkt. Heber morgen gibts dann 'ne kleineres Uebel.“

„Kleineres Uebel?“

„Na ja, 'ne kleineres Uebel? Wenn man's nicht den, is der 'schlimm'. Aber wenn man nach dem was er 'schüffel hat, is der noch schlimmer. Also is der 'schüffel der 'Kleineres Uebel' Verheißung.“

„Nee, wie's is.“

„Nann, Richard, das is ja lange Zeit. Bei der SPD is doch alles 'Kleineres Uebel'. Die Sozialen isen doch 'Besser' in Ruhe verhandeln, als in Unruhe Darunterfertigung kriegen. Heber der 'schüffel' isen is wieder mit der 'Kleineres Uebel' freiben.“

„Ja, mit der Wähler is der lene Sache. Der eine will dies, der andere will jenes. Da is Hindenburg, da is noch so einer mit 'berg' hinten, Duesterberg heißt er wohl, und da is Hitler und denn Ernst Thälmann. Wen soll man davon nehmen? Der Hitler? Nee, der is für Mord und Totschlag. Nee, nee, for kommt hin id nich. Und Hindenburg? Kommt ooch nich mehr in Frage. Und der Duesterberg? Den kennt man überhaupt nich, der hört sich ooch so an, als ob der reich is. Und Thälmann? Wie gesagt, id weeg noch nich richtig. Wen wählst du denn?“

„Id? Thälmann natürlich! Unser ganzes Haus wählt was Thälmann, weil er für de Armen is. Aber wenn du reich bist, denn wählst man ruhig die, die nach Geld stinken. Aber wenn id mir dich richtig begrunze, siehst du auch aus, als ob du der Armenessen selber bist. Und wen kannst du da anders wählen als wie Thälmann?“

„Ganz ehrlich gesagt, id weeg et nich...“

„Was mal uff, id will dir mal was erzählen. Früher, da gab's in Berlin 'n Boff, die wählten ihren König so: Sie lehten die Kandidaten auf einen Esel. Wessen Esel zuerst „jah“ löhrie, der war gewählt. Der Esel wußte nicht, was los war. Dem war et ja egal, wer gewählt wurde. Uns kann es aber nicht egal



Vom Nationalsozialisten zum Kommunisten

Genosse Stenbock-Fermor, ehemaliger Nationalsozialist, schildert heute abend, um 20 Uhr, im „Bergkeller“, in der Veranstaltung der „Jfa“ seine Entwicklung vom Nationalsozialisten zum Kommunisten.

Eintrittspreis: Arbeitende 55 Pfennig, Erwerbslose 30 Pfennig. — Am selben Tage um 16 im „Bergkeller“ eine Erwerbslosenveranstaltung mit Genossen Stenbock-Fermor. Eintrittspreis hier nur 15 Pfennig. Bei beiden Veranstaltungen Rahmenprogramm mit Rezitationen und Sprechchören. „Jfa“, Besucherkreisorganisation, Breslau.

Eisenbahner verhindert Transport von Kriegsgerät

Mit dem roten Arbeiterkandidaten Thälmann gegen den imperialistischen Krieg und Faschismus, für Arbeit, Brot und Sozialismus!

Breslau, 8. März. Der verstärkte Terror in den Dienststellen der Dorpmüllerischen Eisenbahn-Verwaltung und die verschärfte Lohnabbau-Offenstave gegen die Hungerlöhne der Kollegen hat zur Folge, daß die Rebellion in den Betrieben sich immer stärker Bahn bricht. Das beste Beispiel dafür zeigt die passive Resistenz-Bewegung der Dresdener Eisenbahner, und der wohlhabende Streikrolle in allen Dienststellen. Während die Bürokratie des Einheitsverbandes und des GDE. offen auf der Seite des Klassenfeindes stehen, hat die RBD. Schlesiens in den letzten Tagen eine Bezirkskonferenz durchgeführt. Diese Konferenz stand im Zeichen des Krieges im Fernen Osten, gegen die USA und im Zeichen des Aufmarsches der Massenfronten bei der Reichspräsidentenwahl. Die Eisenbahner brachten in einer Entschließung Klar und eindeutig zum Ausdruck, daß sie für den Kandidaten der Armen, Ernst Thälmann, sind und all ihre Kraft anstrengen werden, um die Einheitsfront zu schmieden und den Transport von Kriegsproduktionen gegen das chinesische und somit gegen das NS-Imperialismus zu verhindern.

Auf dieser Konferenz wurde ein Kampfprogramm mit folgenden Punkten aufgestellt: Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau, für die Zurückeroberung des genommenen Lohnes! Gegen Entlassungen und Feiertagschichten! Gegen Nationalisierung, insbesondere gegen die Mitwirkung bei Stoppuhrzeitaufnahmen! Gegen die Notverordnungspraktik der Brüning-Regierung!

Gegen die Streikbruchpolitik der KDDB. und SPD.-Bürokraten! Gegen das Wertpapierregime und den Wertpapierfaschismus! Für Herabsetzung der Gehälter der Direktoren und höheren Beamten!

Für 40-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich! Für die Wiedereinstellung aller entlassenen Kollegen!

Diese Kampfbedingungen wurden von den antwortenden Delegierten, unter denen sich drei Kollegen des GDE. und zwei des GDE. befanden, die insgesamt 18 Dienststellen vertreten, einstimmig angenommen.

Die Delegierten beschloßen, angesichts der Tatsache des Krieges im Osten, sofort in Betriebsversammlungen der einzelnen Betriebe zu der Konferenz Stellung zu nehmen. Ueberall die rote Einheitsfront zu schmieden auf der Grundlage des Kampfprogramms, mit speziellen betrieblichen Forderungen, durch die Wohl von vorbereitenden Kampfausschüssen in jedem Betrieb!

Nun erst recht muß die Arbeit unter den Eisenbahner um ein Gewaltiges gesteigert werden. Jedes Ortskomitee der RBD., jede Ortsgruppe der KDDB. hat die Aufgabe, sofort mit den Dienststellen der Eisenbahner Verbindungen aufzunehmen, um die Eisenbahner für die rote Einheitsfront zu gewinnen und sie in die Kampffront einzureihen. Hier gilt es, unter allen Umständen eine Wendung durchzuführen. Nur auf die Betriebe, Organisation von Streiks der Arbeiter und Eisenbahner gegen Munitionstransporte und Transporte von Kriegsmaterial, für die Zurückeroberung des bereits genommenen Lohnes, für den revolutionären Massenkampf, gegen die imperialistischen Kriegstreiber.

Genosse Felsen ruft: Wählt Thälmann!

Machtvolle Kundgebung für Sowjetrußland — Gegen den Räuberkrieg im Osten — Jungarbeiterin fordert auf zur Verhinderung der Herstellung von Kriegsgerät

Breslau. Wie wir bereits berichteten, gestaltete sich die von der Opposition im DFB. am Freitag im „Schiefwerder“ einberufene Versammlung zu einem mächtigen Bekenntnis für den ersten Arbeiter- und Bauernkandidaten, die Sowjetunion, und den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann. Vor vollbesetztem Saale berichtete Genosse Felsen eingehend über das Zustandekommen der Delegation, in welche er am 2. Oktober des vergangenen Jahres vom DFB. gewählt wurde. Nachdem er über die Dege des Hauptvorstandes, welche gegen ihn entsandt wurde, berichtet hatte und zu den Berichtserwartungen über Sowjetrußland in den bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungen, die niemals eine objektive sein kann, Stellung genommen hatte, weist Genosse Felsen darauf hin, daß man ihm bis auf den heutigen Tag im DFB. noch keine Gelegenheit gegeben hat, zu berichten über das, was er auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet in Sowjetrußland gesehen hat. Ja, nicht einmal seine politischen Freunde der SPD. haben ihm hierzu eine Möglichkeit gegeben. Im Gegenteil, sie haben ihn fallen gelassen und nicht einmal den Versuch unternommen, ihn in der Generalversammlung des DFB. sprechen zu lassen.

Arbeitschaft festgelegt. Bei der Lohnhöhe und der Wohnungsmiete ist zu beachten, daß die Miete nicht mehr als zehn Prozent des Gesamtlohnkommens betragen darf. Der Lohn besteht nicht nur in dem Barlohn von 60-350 Rubel, sondern hinzukommt, und das ist das Entscheidende,

der sozialisierte Teil des Lohnes.

Strassen- und Eisenbahn frei, keine Beiträge für Sozial-, Kranken-, Alters-, Invalidenversicherung ufm. Billiges warmes Essen im Betrieb und gratis für die Kinder in der Schule.

Darauf sprach Genosse F. über die Warenpreise, deren es zwei Arten gibt, die gewöhnlichen und die Ausländerpreise. Hierbei wies er auf die Demagogie der SPD. und Gewerkschaftsleitungen, insbesondere der „Bergracht“ und „Metallarbeiterzeitung“, hin. Einen breiten Raum nahm der zum Teil noch vorhandene Warenmangel und die deshalb erforderliche Rationalisierung in seinem Vortrag ein. Hierbei wies er ebenfalls auf die nur auf Lamenterei beschränkten SPD.-Redakteure hin, die in ihren Berichten vom „Schlangengessen“ schreiben. Gleichzeitig wies der Redner hier auf die Demagogie des SAP., „Theoretikers“ Sternberg hin, der die Behauptung aufstellte, daß der russische Arbeiter noch nicht besser lebe als der westeuropäische Arbeiter.

Genosse Felsen stellte demgegenüber fest:

Der russische Arbeiter lebt jetzt schon besser als der deutsche Arbeiter.

Wenn man seine sechs- bis siebenstündige Arbeitszeit, die Fünftagewoche, drei bis fünf Wochen jährlichen Urlaub, den gehobenen Lebensstandard, den Sozial- und Kulturlohn und die absolute Arbeitssicherheit betrachtet, muß man zu dieser Feststellung kommen. Während in allen kapitalistischen Ländern ein Abbau der Lebenslage zu verzeichnen ist, ist nur in der Sowjetunion ein Aufschwung zu verzeichnen.

Während die kapitalistischen Staaten, 60 bis 80 Jahre zum Aufbau ihrer Wirtschaft brauchen, vollzieht sich der Aufbau im ersten Arbeiter- und Bauernstaat in fünf, allerhöchstens zehn Jahren.

Hieraus ergibt sich auch die Dege aller bürgerlichen und sozialdemokratischen Zeitungsschreiber über die Sowjetunion. Genosse Felsen kam auch hierbei zu der Feststellung, daß die Zweite Internationale der letzte Stützpunkt des Kapitalismus ist. Im Hand eines lebendigen Auslandberichtes in der „SAP.“ muß er selbst seinen Parteifreund Bedeker als den Typus historischer Dürftigkeit bezeichnen.

Riesenerfolge des Fünfjahresplanes

Dann berichtet er über die Riesenerfolge des Fünfjahresplanes. Mit beredten Worten berichtet er über das riesenhafte planmäßige Wachsen von neuen Städten und Industrieregionen. Ueberall, selbst in den unwirtlichsten Umgebungen und Steppen im Ural, Amurfluß, Sibirien, überall wo der Bodenreichtum in landwirtschaftlicher und industrieller Beziehung es zuläßt, sind riesige Fabriken und Städte mit 50 000, 80 000 und 100 000 Einwohnern entstanden oder im Entstehen begriffen. Mit dem Aufbau einer Fabrik beginnt der Bau von Arbeiterwohnungen mit den modernsten hygienischen Einrichtungen. Die beschränkten Transport- und Verkehrsverhältnisse sind der ständige Zugang neuer Arbeitskräfte hindern auch nicht, daß in Baracken und Holzhäusern wohnt. Aber schon die jetzigen Wohnverhältnisse bilden einen großen Fortschritt gegenüber den alten arbeitslosen Wohnverhältnissen. Das Entscheidende ist:

es wird gebaut,

und alle in Erscheinung tretende Mängel werden liquidiert.

Eine beachtliche Frage ist die Ungleichheit der russischen Arbeiterlöhne und die Lohnunterschiede. Während in Deutschland die Gewerkschaften keinerlei Einfluß auf die Lohnbildung haben, werden in Sowjetrußland die Löhne nur in Besprechungen mit der

Große Erwerbslosentkundgebung

Mittwoch, vormittags 10 Uhr, im „Schiefwerder“

Thema: „Was geschieht mit den Erwerbslosen ab 1. April? Wie stellt sich der Magistrat zu einer Wirtschaftskrise?“ Es spricht Genosse Weisler vom Reichs-Erwerbslosen-Ausschuß, Berlin. Unkostenbeitrag 5 Pfennig. Erscheint in Massen!

Rüstet zur

Kundgebung im Messehof am Freitag, dem 11. März

„Kulturimperialismus und der rote Imperialismus“

Nachdem Genosse F. eingehend über „Berichte und Briefe“ gesprochen hatte, die nur in der Phantasie aller Nationalsozialisten (sprich, kam er auf den „roten Imperialismus“ zu sprechen. „Der russische Arbeiter führt nicht nur den Hammer und die Sichel, sondern die rote Faust ist auch bewaffnet. Millionen bewaffneter Arbeiter und Jugendliche sind in höchstem disziplinierten Geiste zur Verteidigung ihres Landes, der Sowjetunion, des Vaterlandes aller Arbeiter der Welt, bereit.“

Nicht endender Beifall sollte dem Vortragenden den Dank für seine objektive Berichterstattung, die wir hier nur allerdings auszugsweise wiedergeben können. Nachdem noch der vor kurzem aus dem Gefängnis entlassene Genosse Urdode zur Stellungnahme im DFB. zur Stellungnahme der SPD., Kulturreaktion, Faschismus und den Kriegsverbrechen im Osten, als dem Beginn des Interkontinentalkrieges gegen die Sowjetunion, und der Reichspräsidentenwahl Stellung genommen hatte, kam eine Jungarbeiterin zu Wort; ihre Ausführungen sind von größter Beachtlichkeit. Sie forderte die Männer und Frauen auf zur Stellungnahme

gegen den Räuberkrieg im Osten, zur Verteidigung der Sowjetunion,

zur Verhinderung der Herstellung von Kriegsgerät und dessen Transport und zur Wahl des roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann. Nachdem noch einige andere Diskussionsbeiträge erschienen, kam Genosse Felsen zum Schlußwort. Er hob hierbei hervor die unersätzbliche Arbeit der SAP. Führer im Vorstand des DFB. und rief hierbei aus:

„Die Zeit der Demütigung ist vorbei, der Reformismus und alle Halbheiten müssen bekämpft werden, die Fronten sind klar. Nicht „eiserne Front“, nicht Wahl von Hindenburg, sondern rote Einheitsfront. Wer das will, macht's wie ich, ich wähle Thälmann, den roten Arbeiterkandidaten!“

Mit dieser Veranlassung ist ein weiterer Schritt zur Wiedervereinigung der Einheitsfront gemacht worden. Eine Anzahl rote „Rababeller“ konnten nachträglich noch registriert werden.

Bürgermeister Macho als roter Wahlhelfer

Die Genossen aus Kampfbund-Bezirk hatten ihr Wahllokal bei 21117, Rumpelstraße, eingerichtet und dies auch noch anerken durch ein Transparent mit der Aufschrift:

Dieser Wahlhelferlokal für den Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann

kenntlich gemacht. Am selben Lokal lag auch das Transparent eines Genossen, das sich nach Macho richtete. Wie ein rotes Tuch auf den Augen zu sein, auf den Augen zu sein, und der Macho nur sa. Er habe nicht den Mut, sich um, mit dem Refektorium des Wahlhelferlokals wurde aufgehoben.

Nachdem die Genossen, alle Diskussionen werden sich nicht, die Arbeiterkandidat wählen, nachfolgend den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann.

JAG. Abteilung West. Die Schulveranstaltung am 10. März 1934 und findet am 17. März wieder statt.

Allentags verloren

Ein proletarisches Mädchen einer uns befreundeten Leserin über den Freitagabend und Mittwoch auf der Gängen Markt und die Wir erüben den Augen, welche die Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann abgeben. Wir erwarten, daß die Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann erfüllt.

Reservierlokal für den politischen Teil Probin und Rolales; Rudolf Ortel, Breslau. Für die ungenannten Seiten: Alfred Hendrich, Berlin. Für Infanterie: Albert Gallner, Breslau. Uebersicht und Druck: Schlesiens Verlagsgesellschaft m. b. H., Breslau, Treibnerstraße 59.

Advertisement for Schauspielhaus, Die Dubarry, and Herzberg & Co. including prices for Roggenbrot, wine, and other goods.



# Heraus zum 7. Reichsjugendtag Ostern 1932!

Mit Thälmann dem Kandidaten der roten Einheitsfront gegen den imperialistischen Krieg - für die Verteidigung der Sowjet-Union und Sowjet-Chinas!

Jeder Betrieb eine rote Hochburg des Kommunismus

## Betriebs-Korrespondenten berichten

Die letzte Woche des Wahlkampfes für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann und sein revolutionäres Kampfprogramm ist da. Obwohl das nur eine Etappe in dem außerparlamentarischen Massenkampf der Arbeiterklasse ist, heißt es jetzt, in den letzten Tagen, mit aller Kraft noch härter in die Betriebe, um diese zu roten Hochburgen des Kommunismus zu machen.

Die Betriebe müssen zum Ausgangspunkt und politischen Zentrum des gesamten revolutionären Massenkampfes werden. Das muß auch in der „Arbeiter-Zeitung“ seinen Ausdruck finden. Hier heißt es: Betriebskorrespondenten vor die Front! Bericht über den Kampf der Arbeiter gegen Antireichertum und Lohnraub, berichtet aus den kriegswichtigen Betrieben über die Verhüllung von Kriegsmaterial, über die hindenburgtreue Gewerkschaftsbürokratie und notverordnungsstrenge reformistische Betriebsräte. Macht die Betriebe streikfähig gegen Lohnraub, Notverordnungs-politik und Kriegsproduktion! Stärkt die KPD. und roten Verbände!

## Unfälle in den Ostdeutschen Textilwerken

Landeshut. In den Ostdeutschen Textilwerken herrschen ungläubliche Zustände. Am 25. Februar hat sich wieder einmal ein Unfall ereignet. Ein junges Mädchen, welches an der Treibmaschine Garn schüttele, geriet mit der Hand ins Rad, so daß die ganze Hand zerhackt wurde. Der ganze Unfall ist auf das überhöhte Antreiber-ritem zurückzuführen. Wenn ein Mädchen erst kurze Zeit gelernt hat und kein nicht gleich alles so fertig wie es gewöhnt wird, kommt der Antreiber Kranke! und klopft diese mit allerhand Schimpfwörtern. So meinte dieser laubere Herr zu einem Mädchen, es sehe aus wie „Der Schie dem Krampel“. Ein vernünftiges Wort hören die Arbeiter und Arbeiterinnen von Kranke überhaupt nicht. Er meint als Herr die Arbeiter bloß Tiere. So wie es dem einen Mädchen erging, das zu Unfall erlitt, kann es den andern Arbeitern und Arbeiterinnen auch gehen. In den meisten Maschinen fehlen jegliche Schutzvorrichtungen.

Die Arbeiter der „Ostdeutschen Textilwerke“ fordern bessere Wartung oder Reparatur, sie fordern Schutzvorrichtungen an alle Maschinen und Verhütung des Antreiberismus. Arbeiter und Arbeiterinnen, organisiert der Kampf um diese Forderungen. Machet in der roten Arbeiterfront für die Kandidaten der Armen, für Ernst Thälmann, gegen die beiden Treter ein in die KPD. Das muß die Arbeiterklasse wissen und nicht nur die Gewerkschaft, unter Führung der kommunistischen Partei für andere und bessere Zustände zu kämpfen.

## Aus dem Handwacht Nieder-Hermsdorf

Nieder-Hermsdorf. Handwacht, welcher die 22 Abteilung hat, die der Handwacht mit anderen in kommen, wie „Schwarme“, um zu er bereit sich jeder an den Kampf. Der erste Handwacht war ein Kampf schlagen, kam aber an die falsche Hand. In dieser Hand wachte er eine Lampe und meldete darauf von Kampf dem Handwacht Koppmann. Der Handwacht es sich an, daß der Kampf des Handwacht zwei Wagen zerhackt wurde. Die Handwacht müssen jede Lampe reparatur bezahlen, selbst wenn sie unverschuldet ist. Am 25. Februar in der Morgenlicht eine der Handwacht Handwacht so weit, daß er einen jungen Arbeiter an Handwacht Handwacht die Handwacht zu tun gegen einen verarmten Handwacht. Die Handwacht können sich am besten gegen solche Zustände wehren, indem sie dem KPD. und der KPD. beitreten und mit ihr in der roten Arbeiterfront für Ernst Thälmann, den Kandidaten aller Handwacht kämpfen.

## Lohnabbau-Berichte der Zentral-Molkerei

Wiesbaden. Die Firma Wiesbadener Zentral-Molkerei beschäftigt eine Anzahl Arbeiter, welche die Milch in die Stadt fahren. Diese Milchfahrer müssen sich ihre Stunden selbst suchen. Einer dieser Arbeiter erklärte uns, nachdem wir die Firma jetzt ebenfalls besuchen, erklären, daß die Arbeiter nicht einverstanden sind gegen den Lohnraub, daß sie dann seine Milch mehr auffahren werden. Sie werden dann ihre Milch durch eine andere Firma mit Lohnraub. Der Direktor konnte die Stunden den den Arbeiter nicht ausfindig machen. Ein Arbeiter, welcher das in, wurde nicht mit. Der Lohnabbau wurde diesmal ab-

Schafft überall Agitationslokale mit Transparenten und roten Fahnen für Ernst Thälmann!

gewehrt durch das entschlossene Auftreten der Kutscher, indem sie ihre selbstgekauften Kundschaf der Firma nicht veröffentlichten. Man kam der Direktor auf eine fixe Idee, um vielleicht doch den Lohnabbau vorzunehmen. Wie uns ein Kutscher mitteilt, sind ihnen die Nazis auf den Hals gehetzt worden, um die Kundschaf ausfindig zu machen. Wenn der Wagen die Straße langfährt, halten sich zwei Nazis an den Wagen auf und stellen fest, in welches Haus der Kutscher geht. Und dieses wurde bei jedem Milchwagen beobachtet, außer dem Milchwagen. Ein anderer Kutscher erklärte, daß der Direktor bei dem Milchfahrer Kubicki, genannt Ocherudoff, gewesen ist, um die Kommunisten in seinem Betriebe ausfindig zu machen. Arbeiter der Zentral-Molkerei, nun erst recht zusammenhalten, um diesem Nazi-Direktor energisch entgegenzutreten, wenn ein neuer Versuch des Lohnabbaues kommt. Dieser Direktor wohnt auf eure Kosten in einer Villa, und ihr, wo wohnt ihr - in Elendsstuben. Organisiert den Kampf gegen jeden Pfennig Lohnraub! Marschiert in der roten Thälmann-Front gegen die kapitalistische Lohnklaverei!

## Ein Terrorurteil in Glogau

# Elf revolutionäre Arbeiter zu 31 Monaten Zuchthaus und 60 Monaten Gefängnis verurteilt

Glogau. Am 20. Juli 1931 schrieben alle bürgerlichen, sozialdemokratischen und Nazi-zeitungen in diesen Schlagzeilen: „Rot Nord überfällt friedliches Tanzergnügen und erschlägt den nationalen Kleinbauern Schmeißer aus Aufzug.“ Schon nach einigen Tagen mußte festgestellt werden, daß es nicht ein revolutionärer Arbeiter war, sondern der Nazihänger Rosenau aus Krepine bei Aufzug. Man hatte erst 19 Arbeiter in Untersuchung, die dann bis auf fünf wieder entlassen wurden. Die Arbeiter Woltischak, Deutschmann, Schlumm, Banaschinski und Kitzke sind heute noch in Untersuchung. Dagegen wurde der Totschläger Rosenau nach einer 24monatigen Untersuchungshaft durch Stellen von 200 Mark Kaution entlassen.

Bei der jetzt am Donnerstag und Freitag Ratgefundenen Schwurgerichtsverhandlung lagen elf Arbeiter und der Totschläger auf der Anklagebank. Als Verteidiger fungierte von der roten Hilfe Rechtsanwalt Dr. Bach, Breslau, außerdem die Rechtsanwälte Dr. Goldhelm, Pasche, Zimmermann, Glogau.

Zu Anfang beantragte Dr. Bach, die Geschworenen und die Richter auf ihre Parteigebörigkeit zu untersuchen, was jedoch vom Vertreter der Staatsanwaltschaft abgelehnt wurde.

Am dem fraglichen Sonntag, am 19. Juli 1931 spielte eine Arbeiterkassette in Aufzug zum Erntefest. Es waren meist Leute anwesend, die mit der kommunistischen Partei sympathisieren. Erst verlief alles ruhig, bis in der zehnten Stunde die Nazis anfangen zu provozieren mit „Heil Hitler“-Rufen und ihren Kampfliedern bei Stehstiel und Stehstiel. Als es zu bunt wurde, antworteten die anwesenden Arbeiter mit „Rot Front“ und „Heil Moskau“. Sämtliche Angeklagten sagen aus, daß sie nicht die Absicht hatten, dort irgendwie zu streiken und zu schlagen. Es wird den Angeklagten vorgeworfen, daß das alles organisiert gewesen sei. Deshalb lautet auch die Anklage auf Landfriedensbruch, schwere Körperverletzung mit Todeserfolg.

Die Angeklagten haben sich in Notwehr befunden. Zeugen haben auch unter Eid bezeugt, daß der Angeklagte Woltischak schon verlegt in den Saal kam, als es im Saal nach zu mehreren Schlägereien gekommen war. Auf einmal wurden Bierflaschen gegen die Brust geschleudert und Messer verlegt. Dann ging alles drunter und drüber. Die meisten der Zuschauer verließen den Saal und die Gast-räume durch die Fenster.

Der Angeklagte Rosenau gibt zu, nachdem er gesehen hat, daß kein Vater geschlagen worden sei, in eine große Wut geraten zu sein, in der er nicht mehr gewußt habe, was er getan hat. Er hat aber in seinen früheren Voruntersuchungen angegeben, daß er Schmeißer erschlagen habe, da er glaubte, es seien Kommunisten.

Zur Beweisaufnahme: Auf dem Tisch des Schwurgerichtssaales lagen Jaunklatten, Stuhlbeine und Lehnen, zerbrochene Musikinstrumente, blutige Hemden und allerlei Sachen, sogar die zertrümmerte Schälbede des erschlagenen Schmeißer.

Als erster wurde der Zeuge Kriminalkommissar Kubicki, Breslau, vernommen, der die ersten Untersuchungen eingeleitet hatte. Er erklärte ganz klar, die meisten Bierflaschen und Bierflaschen hätten an der Stelle gelegen, wo die Messer gespielt hätte. Er legte alles das klar, was er in seiner Voruntersuchung von den Zeugen protokolllarisch feststellen konnte. Erst lenkte sich der Verdacht auf die Arbeiter, bis sich dann die Zeugin Pfeiffer und deren Ehemann gemeldet hatten. Die beiden Zeugen sahen an einem Tisch mit der Familie Schmeißer, als der Tumult losging, und die den Rosenau bei der Gegenüberstellung wiedererkennen. Dieser Rosenau war derjenige, der an den Tisch gekommen war, wo jene vier - Schmeißer mit Frau und Pfeiffer mit Frau - gesessen hatten, eine Bierflasche nahm und auf den Tisch aufschlug und mit den anderen Bierflaschen auf die zum Fenster hinaus flüchtenden Kommunisten einschlug.

Gleich danach schlug er auch auf den alten Schmeißer ein, der sofort zusammenbrach und tot war. Rosenau hat ja auch ausgesprochen, als er auf andere Zeugen einschlug: „Heute muß Blut fließen - Herz und Lungen müssen noch in der Luft herum fliegen!“



## Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter

17 Aufnahmen an einem Tage im Untergau Siegnitz  
Der Wettbewerb der beiden Untergau Siegnitz und Glogau ist im Gange. In dem Untergau Siegnitz sind an einem Tage 17 Aufnahmen für den KPD. getätigt worden und bei uns eingegangen. Der Untergau Glogau wird mit aller Kraft an die Arbeit gehen müssen, um den ihnen aufgestellten Wettbewerb zu 100 Prozent zu erfüllen. Wir fordern die übrigen Ortsgruppen des KPD. auf, Wettbewerbe mit Ortsgruppen abzuschließen und uns zu benachrichtigen, welches Soll dazu gestellt wird.

## Jugendfeier der proletarischen Freiender

Schweidnitz. Dieselbe findet am 20. März um 21.30 Uhr im „Baldschlößchen“, Feldstraße, statt. Freunde unser noch jungen Ortsgruppe sind uns willkommen.  
Die nächste Vorbereitungsstunde findet am Mittwoch, dem 9. März, um 15.30 Uhr, statt.

Alle Zeugen für Rosenau und überhaupt die, welche die elf Arbeiter belasteten wollten, kamen oft in Widersprüche. Diese Zeugen mußten sogar unter dem Eid zugeben, daß sie auch mit Stuhlbeinen geschlagen hätten. Auf die Anklagebank gehörten eigentlich die Belastungszeugen. Wir sind es ja gewöhnt, daß es immer nur revolutionäre Arbeiter sind, die auf die Anklagebank kommen, dagegen man die Nazis frei ausgehen läßt.

Der Staatsanwalt Wiesner beantragte folgende unerhört Zuchthausstrafen:

- Für Woltischak 2 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust.
- Für Deutschmann 3 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust.
- Für Schlumm 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus.
- Für Banaschinski 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus.
- Ritzke 1 Jahr Gefängnis, Herkt 5 Monate Gefängnis, Kechner 9 Monate Gefängnis, Reimann 1 Jahr Gefängnis, Gregor 9 Monate Gefängnis, Edum 9 Monate Gefängnis und Gutsche 10 Monate Gefängnis. Dagegen wurden für den Totschläger Rosenau nur 2 Jahre Gefängnis beantragt.

Dr. Bach führte in seiner Verteidigungsrede an, daß kein Beweis dafür vorliegt, daß die Schuld den elf Angeklagten in die Schuhe geschoben werden kann. Es ist nicht einmündlich festgestellt worden, mer die Angreifer gewesen sind. Es gehöre ein großer Teil der Belastungszeugen auf die Anklagebank. Er zeigte auch klar auf, daß kein Landfriedensbruch und schwere Körperverletzung in Frage kommt. Er beantragte Freisprechung, zumindestens aber mildernde Umstände. Dasselbe vertreten auch die anderen Verteidiger für die Angeklagten.

Nach vierstündiger Beratung wurde folgendes Klammurteil gefällt:

## Klassenurteil gegen revolutionäre Arbeiter

- Gegen Woltischak 1 Jahr 1 Monat Zuchthaus, Deutschmann 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus, Schlumm 1 Jahr Gefängnis, Ritzke 8 Monate Gefängnis, Banaschinski 1 Jahr Gefängnis, Gutsche 7 Monate, Reimann 6 Monate, Kechner, Gregor, Edum 4 Monate, Herkt 3 Monate mit Bewährung auf drei Jahre, weil jugendlich.

Der Mörder Rosenau erhielt die vom Staatsanwalt beantragte Strafe von 2 Jahren Gefängnis. Die Untersuchungs-haft wurde angerechnet. Sie wurden wegen schweren Landfriedensbruchs in Lateinrecht mit Körperverletzung verurteilt.

So sieht die Klassenjustiz aus! Fast alle angeklagten Arbeiter waren bei der damaligen Saalbesetzung in Aufzug zum Teil schwer und auch leicht von den Nazis verletzt, einige sogar bestmündig verletzt worden. Sie sitzen auf der Anklagebank und werden verurteilt. Die Nazis, welche den Streit vom Hause gebracht haben, werden als Belastungszeugen genommen. Der Zeuge Linemann mußte unter Eid zugeben, als er erst gefragt wurde vom Richter, daß er mit einem Stuhlbein geschlagen hatte, dagegen er vorher auslagte, er habe nichts damit zu tun gehabt.

Dieser Prozeß und die ausgesprochenen Terrorurteile gegen die revolutionären Arbeiter haben gezeigt, daß wir nicht in einer „freien Republik“, sondern unter der Diktatur der Kapitalistenklasse leben. Die Antwort der Arbeiterklasse auf diesen Prozeß muß sein, jetzt alle Kräfte mobilzumachen für den Klassenkampf des Proletariats, für Ernst Thälmann! In der letzten Woche stellt euch alle, alle als rote Wahlhelfer für die rote Arbeiterfront zur Verfügung! Das muß eure Antwort auf faschistischen Terror und Klassenurteile sein. Werdet Mitglieder der Roten Hilfe, die allen proletarisch-politischen Ge-jungenen hilft!

# Kochen Sie Maggi® Suppen. Sie sparen Arbeit, Zeit und Geld

• Sammeln Sie MAGGI-Gutscheine, es lohnt sich!



# Der französische Imperialismus an der Donau

### Der Antifowjetblock soll bis ins Herz Mitteleuropas erweitert werden

Der französische Imperialismus tritt nun konkret an die Frage der Schaffung einer Donauföderation heran. Diese Bestrebungen des französischen Imperialismus sind nicht neu. Schon seit Monaten werden alle möglichen Verhandlungen geführt und es schien, daß man auf große Schwierigkeiten stoße. Daß man in diesem Moment die Frage von neuem aufstellt und konkret an ihre Durchführung herantritt, ist kein Zufall.

Im Fernen Osten ist der Krieg eine Tatsache. Unterstützt von den europäischen imperialistischen Mächten, sind die japanischen Armeen an der Sowjetgrenze aufmarschiert, werden dort Weisgardisten ausgerüstet, streift der japanische Imperialismus seine Hände nach Wladiwostok aus. Es ist klar, daß es sich hier nicht um eine Aktion im Fernen Osten allein handelt. Während dort der Krieg bereits im Gange ist, werden in Europa die Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion fieberhaft getroffen.

Die Ereignisse in Memel, die Vorgänge in Finnland während der letzten Tage sprechen eine klare und nicht mißzuverstehende Sprache. Von Finnland bis zum Schwarzen Meer soll sich die Front erstrecken. Frankreich ist nur bestrebt, und mit Frankreich die andern imperialistischen Mächte, den Antifowjetblock nach Möglichkeit auszudehnen und zu erweitern. Zu diesem Zweck sollen noch weitere Staaten in den Block miteinbezogen werden. Finnland, Lettland, Litauen, Polen und Rumänien sollen durch die Einbeziehung der Nachfolgerstaaten der einstigen österreichisch-ungarischen Monarchie verstärkt werden. Es soll ein großes Aufmarschgebiet gegen die Sowjetunion geschaffen werden, das schon in Passau an der deutschen Grenze beginnt.

Die Wirtschaftslage Österreichs sowohl als auch Ungarns ist eine hoffnungslose. Diese beiden Länder befinden sich am Rande des Bankrotts, und ihre Finanzen sind erschöpft. Nicht viel günstiger ist die Lage Rumäniens, Jugoslawiens und auch der Tschechoslowakei.

Diesen Bankrottszustand der Nachfolgerstaaten der einstigen österreichisch-ungarischen Monarchie nützen nun die imperialistischen Mächte unter Führung des französischen Imperialismus aus, um sie geügig zu machen und sie in den Antifowjetblock einzureihen. Für den französischen Imperialismus kommt hier noch ein Faktor in Betracht: durch Schaffung einer solchen Donauföderation soll Österreich endgültig von Deutschland getrennt und der Anschluß ein für allemal unmöglich gemacht werden. Dies bedeutet eine Befestigung der Verträge von Versailles und Saint Germain.

Der deutsche Gesandte in Wien hat der österreichischen Regierung einen Vorschlag auf Zollbegünstigung unterbreitet, um sie Österreich von der geplanten Donauföderation loszureißen. Aber dieses vermag Deutschland Österreich finanziell nicht im geringsten zu helfen, und zweitens ist Deutschland selbst in einem solchen Maße Gefangener des Versailler Systems, daß es in dieser Frage nicht das geringste auszurichten vermag. Das kapitalistische Deutschland ist dem französischen Imperialismus gegenüber ohnmächtig. In ihrer Nummer vom 6. März erklärt die „Germania“ die prinzipielle Geneigtheit Deutschlands, einem solchen Bloß beizutreten.

Es muß darauf hingewiesen werden, daß der französische Imperialismus in dem Bestreben, Österreich von Deutschland loszureißen und den Anschluß für immer unmöglich zu machen, von Italien unterstützt wird; von diesem Italien, auf das die Nazis ihre Hoffnungen setzen. So ist es in Wirklichkeit um den nationalen Freiheitswillen der Nazis bestellt.

Das wichtigste in dieser Angelegenheit ist das Ziel gegen die Sowjetunion. Das ist, wie gesagt, der Hauptzweck der Donauföderation. Die gesamte Arbeiterklasse muß daher dieser Frage besondere Beachtung schenken und bei den Vorgängen im Fernen Osten auch das, was sich hier vorbereitet, nicht übersehen.

# Antikriegslojungen im Stoda-Betrieb

### Steigert den Kampf zur Verhinderung von Munitionslieferungen

Prag, 7. März. In der Nacht vom 4. auf den 5. März wurden von Jungarbeitern die Wände der Stoda-Werke mit Antikriegslojungen versehen. Als die Arbeiterkassette morgens zur Schicht ging, fand sie auf ihrem Weg Lojungen in halbmeterhoher Schrift: „Gegen den imperialistischen Krieg! Wir schützen die Sowjetunion! Hinweg mit den Entlassungen!“ Die Arbeiter gruppierten sich um diese Lojungen und diskutierten über sie. Auch andere Betriebe in der Stadt Pilsen wurden mit Antikriegslojungen versehen.

rote Bergarbeiterverband bereitet unter der Führung eines Mannes aus dem Betriebe, nicht ein Heiler von... vor. Auf der Grube Heinrich kam es bereits zu Streiks, auf den Schächten „Hanz“, „Barbara“... „Karl“ zu stürmischen Demonstrationen.

## Vor Bergarbeiterkämpfen in Mähr.-Ostrau

Ostrau, 7. März (Eig. Bericht.) Die Erbitterung gegen die Entlassung von 12.000 Bergarbeitern und den 20prozentigen Lohnraub wächst ständig, wie dies eine von 540 Delegierten besuchte Reviertagung zeigte. Die Sozialfaschisten, die ursprünglich etappenweise Entlassungen zwecks Vermeidung „sozialer Erruptionen“ verlangt hatten, unternehmen jetzt „linke“ Manöver. Der

## Demonstrationen in Warschau

### Ein Arbeiter von Polizei erschossen — Feste Streikfront der polnischen Bergarbeiter

Warschau, 7. März. In einem Warschauer Arbeiterbezirk kam es zu großen Demonstrationen gegen die Hungerpolitik der polnischen Regierung. Polizei schloß auf die Arbeiter, von denen einer tödlich getroffen und drei schwerverletzt wurden.

Die Streikfront im Dombrowa- und Krakauer Gebiet steht trotz langer Aufrufe der Regierung zur Arbeitswiederaufnahme und des Streikbruchs der Gewerkschaft Polska Praca fest.

# Der Tag der Frauen in der Sowjetunion

### Freiheit und Gleichberechtigung erkämpfen die deutschen Arbeiterinnen nur in der Thälmann-Front

Moskau, 7. März. (Eig. Bericht.) Im Lande der befreiten Frauen wurden die letzten Vorbereitungen für den Internationalen Frauentag am 8. März getroffen. In Moskau und allen anderen Städten, in allen Fabriken und in allen Kollektiven statt. Arbeiterinnen-Delegierte aus Deutschland, England, der Tschechoslowakei, Österreich und Schweden sind bereits eingetroffen. Sie nehmen teils in Moskau, teils in Leninograd an den Feierlichkeiten teil und werden anschließend die Sowjetunion bereisen, um festzustellen, wie unter der Sowjetherrschaft die befreite Frau an der sozialistischen Neugestaltung von Wirtschaft und Kultur teilnimmt.

Das Moskauer Gebiet eröffnet anläßlich des Frauentages neue Kinderkrippen mit 1815 Betten. Die Gesundheitsbehörden des

Moskauer Bezirks werden 1932 75 Prozent aller Kinder von Arbeiterinnen der Schwerindustrie, 50 Prozent von Arbeiterinnen der Leichtindustrie und 25 Prozent der Arbeiter anderer Kategorien in Kinderkrippen-Pflege geben.

Während in Deutschland Millionen Arbeiterinnen hungern, gibt die Sowjetunion jeder Frau Arbeit und Brot. Jeder, der arbeiten will, findet Arbeit, die seinen Kräften und Fähigkeiten angemessen ist. Und immer mehr löst sich die Frau in der Sowjetunion vom Kochtopf und tritt ein in das gesellschaftliche Leben. Das Beispiel der Sowjet-Union öffnet den deutschen Arbeiterinnen die Augen: laut dem Rännsjahrplan sollten dort im letzten Jahre 190.000 Frauen Arbeit finden. Der Gewerkschaftsbund der Ukraine stellte einen Gegenplan auf 311.283 Arbeitsplätze für Frauen auf. Dieser Gegenplan war bereits im Oktober überboten.

## Briand gestorben

Paris, 7. Februar. Aristide Briand, der frühere französische Außenminister, ist heute nachmittag gegen 4 Uhr gestorben.

## Der Letzte der Kommune gestorben

Paris, 6. März. Der letzte Überlebende der Kommune, der ehemalige Sozialist und spätere Kommunist Camellinat, der Delegierter der Finanzen der Kommune war und auch wiederholt Abgeordneter, ist im Alter von 92 Jahren gestorben.

Der verstorbene Genosse Camellinat war wohl der letzte in Frankreich lebende Kommuniste, aber nicht der letzte Kommunist überhaupt. In Moskau, im Heim der alten Soldaten, leben noch einige Genossen, die an der Kommune mitgekämpft haben.

## Attentat auf den Präsidenten von Peru

Lima, 7. März. Auf den Präsidenten von Peru, Don Luis Sanchez Cerro, wurde, als er eine Kirche in einer Vorstadt

von Lima betreten wollte, ein Anschlag verübt. Aus einer Gruppe von mehreren jungen Leuten wurde eine Kette von Schüssen abgefeuert. Cerro wurde nur leicht verletzt. Mehrere Kirchenbesucherinnen wurden von den Kugeln getroffen und ebenfalls verwundet.

## Kettel Genossen Durchschlag

Wien, 7. März. Der zweite Prozeß gegen den Genossen Durchschlag ist nunmehr am 9. März angelegt. Genosse Durchschlag ist wegen Mordes angeklagt. Am 1. August 1931 hatte die Arbeiter von Klagenfurt eine Demonstration gegen den imperialistischen Krieg durch. Dabei kam es zu Zusammenstoß mit der Polizei, wobei ein Arbeiter in der irischen Werkprovisionierenden Fabrik, wobei ein Polizist tödlich verletzt wurde.

Im Zusammenhang damit wurden 50 Arbeiter unter Anklage gestellt. Gegen den Genossen Durchschlag wurde ein Prozeß wegen Mordes eröffnet. Die Anklage läuft sich auf die Auslage einer Proklamation Maria Kurath.

Dem Genossen Durchschlag droht die Todesstrafe, mindestens aber lebenslänglich Zuchthaus. Neben in jeder Verhandlung Protokollgramme an, die an das Landesgericht Klagenfurt, Schwurgerichtssaal Kärnten, gerichtet werden.

## Marko Martschewsky:

# Verhaftung und Befreiung

### 3 Fortsetzung

Wir hörten das Surren des anspringenden Motors.

Es war eine tote, quälende Stille. Eine schwere, gespenstische Nacht. Wir erwarteten von Minute zu Minute, daß die maskierten Gesellen wieder auftauchen würden, jene „unverantwortlichen Faktoren“, die jetzt vermutlich den General Wolkow aufsuchten, um von ihm die Erlaubnis zu erwirken, uns zu „liquidieren“.

Es gibt auch lichte Momente im Leben der Gefangenen. Dann, wenn Briefe einlaufen.

Ich erinnere mich, wie einmal, als die Gefangenen aus der Nachbarzelle zum Spaziergang aufgerufen wurden, jemand unter die Tür meiner Zelle einen Brief aus D. vom Gouvernementskomitee der Roten Hilfe steckte. Viele ermunternden Worte standen in dem Brief. Er löste uns wieder Mut und Ruhe ein. Als wir nun zum Spaziergang aufgerufen wurden, übergaben wir den Brief den Genossen aus der Nachbarzelle, indem wir ihn auf dieselbe Weise unter die Tür schoben. Binnen einer Woche wurde der Brief in allen Zellen des Gefängnisses gelesen.

Wir wußten, und alle Gefangenen wußten, daß die Gedanken von Millionen Werkstätter bei uns weilen, daß sie uns hilfreich die Bruderhand zustrecken.

Einen Monat später, am Abend, als in der Stadt die Laternen angezündet wurden, transportierte man uns nach der Stadt Chastowo. Ich verstand nicht, wozu das geschah, ich quälte mich mit unlesbaren Fragen. Dann fiel mir ein, daß in Chastowo sich ungefähr 50 Mann mazedonische Autonomen befanden, die die kommunistischen Partisanen der Gruppe Mitićewski verteilten. Es war durchaus möglich, daß die Polizei mich diesen Helfern übergeben wollte, um sich die Hände wie Solowjow in Unschuld zu waschen.

Das Leben ist schön... Ein richtiger Revolutionär fürchtet nicht den Tod auf den Barrakaden, wo er vom berauschenden Kampffieber erfüllt, vom Krachen der Bombenexplosionen und Weihen der Kugeln umgeben ist. Aber der Tod in den schmutzigen

Ich werde fliehen. Als wir das Gefängnis der Geheimpolizei verließen, warnte mich der Polizeifeldwebel, der mich begleitete:

„Ich werde dich bei der geringsten Bewegung erschießen.“

„Ich bin nicht von den „Gefährlichen“, beruhigte ich ihn.“

„Fällt mir nicht ein zu fliehen. Der Kreischef von Chastowo ist mein Verwandter. Er wird mich in Freiheit setzen.“

Immerhin hilft auch manchmal die Lüge. Der Polizist glaubte mir und beruhigte sich.

Die Nacht war ungewöhnlich finstern. Der Bahnhof wie immer überfüllt. Menschen beeilten sich, zum Zug zu kommen, nahmen Abschied voneinander, jemand weinte. Die Wagen waren überfüllt, und so waren wir gezwungen, im allgemeinen Abteil zu sitzen. Der Zug fuhr langsam an, klapperte mit den Ruffern, wir fuhren denselben Weg, den ich einen Monat zuvor, als ich von Philippopol nach Sofia gebracht wurde, zurückgelegt hatte. Die Lampen brannten trübe, Regen trommelte aus Fenster, Schläfrigkeit übermannte mich, ich nickte ein. Das beirräkte den Polizisten in seinem Vertrauen zu mir. Auch er schlief ein, indem er sich auf sein Gewehr stützte, doch erwachte er von Zeit zu Zeit und schaute mit schläfrigen Augen auf mich.

Um zwei Uhr nachts hielt der Zug auf der Station Rakowka. Hier sollten wir umsteigen. Es begann ein Tumult, die Passagiere stiegen einander und drängten zum Ausgang. Ich stieg als erster aus dem Wagen und betrat den Perron. Zwischen mir und den Polizisten schoben sich einige Leute, die über irgend etwas miteinander stritten. Ich benutzte diesen Augenblick, sprang zur Seite und lief den Bahndamm hinunter. Hinter mir im Dunklen trachten einige Schüsse...

Viele behaupten, daß im Augenblick der Todesgefahr unser ganzes Bewußtsein auf die Rettung eingestellt ist. Das ist nicht richtig. Als der Polizist „Halt, halt!“ rief, und hinter mir herlosch, tauchte durch eine seltsame Assoziation in meiner Erinnerung das Gedächtnis eines ganz unbekanntem bulgarischen Provinzstädtlers auf:

Jesus Christus  
trank Kaffee  
und spazierte im Sommer herein.

„Was für ein Blödsinn“, dachte ich, als ich in die Dunkelheit wie ins Wasser tauchte.

Ich ging nur des Nachts, tagsüber schlief ich. Ich versuchte die Grenze zu erreichen. So wanderte ich drei Tage. Am dritten Tag blieb ich im Wald auf die Grenzplättchen. Vor mir war Griechenland, hinter mir Bulgarien.

Ich überquerte ruhig die Grenze.

Vier Tage später schickte mich der griechische Offizier — der Kommandant der Grenzwaide — nach Dimotiki, einer kleinen Stadt mit vielen Moscheen und Kaffeehäusern. Vor den Häusern hockten die Bewohner, tranken Kaffee „a la turque“ und brütten über die Frage, weshalb Kemal Pascha seinen Untertanen verboten hätte, Jes zu tragen. In den Kasernen sangen Soldaten von der Insel Kreta Hymnen zu Ehren der Republik, und der Divisionskommandant, ein dicker Oberst, entschuldigte sich bei mir in französischer Sprache, daß er wegen Platzmangels in der Kaserne genötigt sei, mich im Karzer übernachten zu lassen. So machte ich in dieser Stadt zum ersten Male mit den schmutzigen Karzern Bekanntschaft, die nach menschlichen Extremitäten riechen und von „republikanischem Freiheitsbegriff“ erfüllt sind.

Ich wußte, daß von Dimotiki nach Zitola, einer Stadt, woher man politische Emigranten verschickte, über Dedo, Agatich, Drama, Saloniki, Larissa und Athen, vier Tage Bahnfahrt sind, während man auf dem Dampfer nur einen Tag dazu braucht. Und trotzdem schickte man mich mit der Bahn, dazu noch mit Ketten an den Beinen...

Die „freie“ griechische Republik erwies sich nicht besser als die anderen „demokratischen“ Ländern, zumal es sich um einen politischen Emigranten handelte.

Nach drei Tagen brachte man mich in Begleitung dreier Genossen nach Drama. Ich nahm ohne besondere Trauer, sogar mit gewisser Freude, von Dimotiki Abschied. In Drama langte ich drei Tage an; dennoch bekam ich die Stadt selbst nicht zu Gesicht, weil es vom Bahnhof bis zur Polizeiwache nur wenige Schritte sind.

Immerhin warf ich einen Blick auf die Straße und sah an beiden Seiten hölzerne Verschläge, in denen man Seiden, Wolle und Tabak verkaufte. Vor den Ständen hockten schöne Griechen, Flüchtlinge aus Smyrna, bligten mit ihren Augen die Passanten an und prielten ihre Waren.

(Fortsetzung folgt.)



# Vor neuen Kämpfen um Lohn und Brot

**RGO. ruft zum Kampf gegen den imperialistischen Krieg — Für den Arbeiterkandidaten Thälmann  
Die Lehren der Januarbewegung — Die kommenden Kämpfe gegen Unterstützungs- und Lohnabbau — Gegen das Betrugsmanöver des Krisenkongresses — Jeder Betrieb eine rote Burg!**

## Eine wichtige Tagung

Vergangene Woche tagte in Berlin das Plenum des Reichskomitees der RGO. Die Aufgabe dieser Tagung war, in erster, selbstkritischer Stellungnahme zu der Januarbewegung, zu ihren Lehren und Erfahrungen und in Auswertung der Beschlüsse der 8. Session des Zentralrates der RGO, die ganze RGO-Front auszurichten auf die Erfüllung der Hauptaufgaben in der gegenwärtigen Situation, auf die Organisation und konkrete Führung der Kämpfe gegen den imperialistischen Krieg, gegen die neuen Angriffe der Bourgeoisie auf die Erwerbslosen und Betriebsarbeiter, gegen die neuen Betrugsmanöver der Reformisten (Arbeitsbeschaffungsplan und „Krisenlangreg“). Diese Fragen standen im Mittelpunkt der Verhandlungen des Reichskomitees. Sie bildeten den Kern sowohl der Referate der Genossen D a h l e m und S t r e n t z u n g, wie der ausgedehnten Diskussion.

## Aktiver Kampf gegen den imperialistischen Krieg

Ausgehend von der Tatsache, daß der imperialistische Krieg bereits in China begonnen hat, daß die Aufteilung Chinas unter die Imperialisten, die Bedrohung der chinesischen Sowjetgebiete und der Interkontinentalkrieg gegen die Sowjetunion in unmittelbarer Nähe steht, wurde in den Referaten und in der Diskussion festgestellt, daß der Kampf gegen den imperialistischen Krieg, der Kampf für die Verteidigung und Unterstützung der werktätigen Massen Chinas, für die aktive Verteidigung und Unterstützung der Sowjetunion im Mittelpunkt der gesamten Arbeit der RGO. stehen muß.

## Kampf gegen die eigene Bourgeoisie und ihre soziale Hauptstütze

Mit der gleichen Eindringlichkeit sprach das Reichskomitee aus, daß der Kampf gegen den imperialistischen Krieg, die Verteidigung und Unterstützung der werktätigen Massen Chinas, für die aktive Verteidigung der Sowjetunion im engsten und untrennbaren Zusammenhang mit dem Klassenkampf gegen die eigene Bourgeoisie, gegen deren eigene Kriegsvorbereitungen und der Offensive gegen die Arbeiterklasse geführt werden muß.

Die deutsche Bourgeoisie leidet bereits eine neue Offensive gegen die arbeitenden Massen ein, deren erster Schlag gegen die Millionenarmen der Erwerbslosen und Sozialrentner gerichtet ist. Die von unerschöpflichen Unterhaltungen und Renten sollen durch eine, von der SPD. und dem ADGB. unterstützte, „Reform“ der ganzen Erwerbslosen- und Sozialversicherung noch tiefer gehend und zum Teil ganz beseitigt werden. Der Angriff gegen die Erwerbslosen ist die Bourgeoisie der Weg erleichtern zu den neuen generellen Abbau der Löhne, der vor sich nach Ablauf der zum Teil bereits geschiedenen Notverordnungsgesetze durchgeführt werden und die täglichen betrieblichen Angriffe der Arbeitgeber auf den Lohn und zur Verschlechterung der Arbeitsbedingungen verstärken soll.

Das Reichskomitee stellte fest, daß die neuesten Manöver des ADGB. (Eiserne Front) und Aufforderung zur Wahl Hindenburgs als „Heimliches Uebel“, „Mittelbeschaffung“, „Krisenlangreg“, „Verkaufsbetrug“ nicht nur Versuche sind, den ständig wachsenden Kapitalismuskrisen der Mitgliederarmen der RGO. zu verschleiern, sondern den Hauptzweck haben, den neuen Angriffen der Unternehmer und ihres Staates den Weg zu bereiten und die Massen der ADGB.-Mitglieder an den kapitalistischen Staat zu fetten.

## Vor neuen Kämpfen

Die Aufgaben der RGO. gegenüber den neuen Angriffen der Bourgeoisie und den Manövern der Streikbürokratie bestehen in der Durchführung einer selbstbewußten Politik der Auslösung der Aktionen der Erwerbslosen und der Streiks der Betriebsarbeiter zur Durchsetzung ihrer Forderungen. Als unmittelbar aktuelle Aufgabe steht vor der RGO. die Durchführung der Kampagne zu den Präsidentschafts- und Preußenwahlen als parlamentarischen Kampf gegen die Offensive des Kapitals und die Unterstützung durch den ADGB. mit dem Betrug des „Heimlichen Uebels“ und gegen den Vordrängen der Hitlerfalschheit. Kommt neben der Vorbereitung der stärksten Mobilisierung der Mitgliederarmen der RGO. gegen das Betrugsmanöver des „Krisenlangreges“ und die Entwidlung einer breiten Oppositionsbewegung in den reformistischen Verbänden.

Gegenüber dem neuen gewaltigen Angriff auf die Erwerbslosen erklärt das Reichskomitee, daß auf diesem Gebiete die ganze Kraft der RGO. eingesetzt werden muß zur Organisation und Führung der Kämpfe der Erwerbslosen an jeder Stempelstelle und an jedem Ort, um die konkreten Forderungen, wie sie in dem Arbeitsbeschaffungsplan der RGO. in dem gemeinsamen Aufruf der RGO., des Reichsausschusses der Erwerbslosen und der Arbeiterformalisten sind, bis zu umfassenden Protestaktionen aller Erwerbslosen im Landes- und Reichsmaßstab. Es wurde beschlossen, einen zentralen Kampftag aller Erwerbslosen im Reichsmaßstab unter Mobilisierung der Betriebsarbeiter für die Forderungen der Erwerbslosen durchzuführen.

Wegen der sozialen, betrieblichen und den drohenden neuen generellen Angriff auf die Löhne und Arbeitsbedingungen steht die Aufgabe der selbstbewußten und konkreten Organisation des Streiks in jeder Abteilung, in jedem Betrieb und in jeder Industrie. Die Voraussetzungen in den einzelnen Betrieben, die Teilstreiks müssen bewacht auf die Organisation breiter wirtschaftlicher Streiks in allen Industrien, zur Abwehr neuer Unternehmerangriffe, zur Durchsetzung höherer Löhne und besserer Arbeitsbedingungen orientiert werden. Die neuen Angriffe der Bourgeoisie im Zusammenhang mit Ablauf bzw. Kündigung der Notverordnungsgesetze müssen mit Streikaktionen in jedem Betrieb und jeder Industrie beantwortet werden. Das Reichskomitee unterstreicht bei dieser Aufgabenstellung die Festhaltung der 8. Session des Zentralrates der RGO., daß in der gegenwärtigen Situation der politische Massenstreik die stärkste Waffe der Arbeiterklasse gegen Löhne- und Unterstützungsraub, gegen faschistische Unterdrückung und Terror ist, und daß seine ideologische und praktische

Vorbereitung im Vordergrund der ganzen Tätigkeit der RGO. stehen muß.

Bei der Konstatierung dieser Aufgaben ging das Reichskomitee von der Feststellung aus, daß alle objektiven Voraussetzungen zu ihrer Durchführung gegeben sind, daß aber zwischen den günstigen objektiven Möglichkeiten und der Entfaltung des Kampfes der Arbeiter durch die RGO. ein großes Mißverhältnis

## Die Lehren der Januarkämpfe

In der Erkenntnis, daß von der offensten selbstkritischen Aufhebung und Beseitigung der Ursachen dieses Mißverhältnisses die Erfüllung der Aufgaben und die Weiterentwicklung der RGO. abhängt, nahm das Reichskomitee eine ernste und sorgfältige Untersuchung der Januarbewegung vor. Es stellte fest, daß jeder Versuch, für die Nichtauslösung einer breiten Streikbewegung die vorhandenen objektiven Schwierigkeiten (Millionenarbeitslosigkeit, Angst vor dem Streikbruch der reformistischen Bürokratie, Unternehmer- und Polizeiterror) verantwortlich zu machen, aufs schärfste bekämpft werden muß. Das Reichskomitee stellte fest, daß diese Schwierigkeiten durch die Mobilisierung der Massen der Betriebsarbeiter und der Erwerbslosen, durch die wachsende Reibung der Mitglieder des ADGB. usw. wettgemacht, daß dadurch günstigere Voraussetzungen zur Führung der Kämpfe geschaffen werden. Das ist eine Tatsache, die insbesondere bestätigt wird durch die großen erfolgreichen Kämpfe der Arbeiter unter Führung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung in Polen, der Tschechoslowakei usw. Das Reichskomitee erklärt deshalb, daß die Ursachen beim subjektiven Faktor, bei der Fähigkeit der RGO., die günstige Situation und den steigenden Kampfwillen der Arbeitermassen auszunutzen, gesucht werden müssen und nur da gefunden werden können.

Der Genosse Dahlem zeigte in seinem Referat an Hand von Beispielen der Arbeit der RGO. in einer Reihe Großbetrieben und Bezirken, welche Mängel und Fehler in der Hauptfrage für das Zurückbleiben der RGO. hinter den objektiven Möglichkeiten vorhanden sind.

Rechen einer konkreten vom Betrieb ausgehenden und auf der Kenntnis der Betriebsverhältnisse aufbauenden Leitung des Kampfes, eine Schwäche der gesamten RGO., die angegangen vom Reichskomitee, den Leitungen der Industriegruppen und roten Verbände bis nach unten gehoben werden muß.

Rechen einer konkreten Betriebsarbeit und mangelnde Verantwortung im Betrieb; ungenügende dauernde Vertretung des tatsächlichen Interesses der Arbeiter.

Ungezügliche und unkonkrete Einheitsfrontpolitik im Betrieb. Nachteil bei der Streikvorbereitung und Streikauslösung.

Vollkommen ungenügende Arbeit an der innergewerkschaftlichen Arbeit der reformistischen und anderen Verbände.

Zehlende konkrete Leitung der Erwerbslosenarbeit durch die gesamte RGO. und ihre Erwerbslosengruppen.

Konkreter Opportunismus in der Praxis und links sektiererische Abweichungen.

Rechen einer ideologischen Offenheit in der gesamten RGO. zur Schaffung der ideologischen Klarheit bei einer Reihe grundsätzlicher und aktueller Fragen der revolutionären Gewerkschaftspolitik.

## Gegen den Kongreß der Stegerwaldknechte

Das Reichskomitee beschloß eine Reihe konkreter Maßnahmen zur breiten Massenmobilisierung gegen das neue Betrugsmanöver der Bourgeoisie, gegen den Krisenlangreg und ihren „Arbeitsbeschaffungsplan“. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition muß innerhalb der Gewerkschaften eine aufrüttelnde Kampagne gegen den Kongreß der Stegerwaldknechte führen. Sie muß die Mitgliederarmen der Gewerkschaften zur Wahl eigener Delegierten zum ADGB.-Kongreß mobilisieren und da, wo die Bourgeoisie die Einberufung von Versammlungen und die Wahlen verhindern, die Initiative zur Durchführung von Mitgliederversammlungen und zur Wahl von Delegierten der Mitglieder selbst in die Hand nehmen. Mit der Entlarvung des frechen Betrugs der Bürokratie muß Hand in Hand gehen die Mobilisierung der Massen zum Kampf für die Forderungen der RGO. und die von der kommunistischen Partei gestellten Arbeitsbeschaffungsorderungen. Das Reichskomitee appelliert an die eindrucksvollste Weise an alle RGO.-Gruppen, unverzüglich an die Durchführung dieser Arbeit zu gehen und diesen Kampf zu verbinden mit der Massenmobilisierung für den roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann und den Kampf gegen den imperialistischen Krieg und die Kapitaloffensive.

Neben der Mobilisierung der Betriebsarbeiter und der Erwerbslosen beschloß das Reichskomitee eine ernsthafte Wendung auf dem Gebiet der Massenarbeit unter den Arbeiterinnen und Jugendlichen.

## Offensive an der theoretischen Front

Bei der Untersuchung der Mängel und Schwächen der Arbeit der RGO. stellte das Reichskomitee fest, daß eine richtige revolutionäre Praxis nur gewährleistet wird, wenn in der ganzen RGO. größere Klarheit über die grundsätzlichen und aktuellen Fragen der revolutionären Gewerkschaftspolitik besteht. Es bezog sich als einen außerordentlichen Mangel, daß bisher keine ideologische Offensive geführt wurde, um diese ideologische Klarheit bis in die letzte unterste Einheit zu tragen, was in vielen Fällen zu den aufgetretenen opportunistischen Fehlern führte. Das Reichskomitee beschloß deshalb die Durchführung einer breiten ideologischen Kampagne zur Klärung einiger aktueller Probleme, insbesondere über die Fragen des Verhältnisses zwischen ökonomischen und politischen Streiks, zwischen Teilstreiks und Massenstreiks, über die Frage der Spontaneität und der selbstständigen Kampfführung, über die Frage der Rolle des kapitalistischen Staates, über die Rolle der SPD. und des ADGB. als sozialer Hauptstütze der Diktatur des Kapitals usw. Zur Frage des politischen ADGB. hat es unterstrichen es die Revolutionäre Lenins, daß der politische Massenstreik nicht nur eine Waffe ist, die die Arbeiterklasse nur im Verlauf und in der Schwere der Kämpfe

besteht. Das Reichskomitee untersuchte in offener Selbstkritik die Ursachen, warum es im Januar nicht gelungen ist, eine breite Streikbewegung gegen den generellen Lohnabbau zu entfalten. In einigen hundert Betrieben gelang es, Streiks auszulösen, von denen ein großer Teil mit vollem oder teilweise mit Erfolg beendet wurde, was deutlich die Möglichkeit der erfolgreichen Durchführung des Streiks auf der breitesten Front beweist.

## Revolutionäre Einheitsfront und Oppositionsarbeit

Das Reichskomitee unterstrich, daß der Betrieb im Mittelpunkt der revolutionären Einheitsfrontpolitik stehen muß. Betrieb und Stempelstelle sind der Boden, auf dem die Vereinigung der Massen für den Kampf — denn etwas anderes ist die Einheitsfront nicht — hergestellt werden muß und am besten hergestellt werden kann.

Das Reichskomitee unterstrich die Festhaltung des 8. Zentralrates der RGO., daß „die Organisation gemeinsamer Versammlungen der Mitglieder der revolutionären, reformistischen und sonstigen Gewerkschaften zwecks Stellungnahme zu den aktuellen Fragen, die breite Arbeitermassen bewegen und ausführen“, eine wichtige Methode der Herstellung der Einheitsfront ist. Es unterstrich gleichzeitig, daß bei der Schaffung der Einheitsfront von unten der Kampf gegen alle rechtsopportunistischen und links sektiererischen Abweichungen, wie sie in einigen Fällen und Bezirken und in einigen Neuzugungen in Artikeln in Erscheinung traten, geführt werden muß, und daß die revolutionäre Einheitsfrontpolitik parallel gehen muß mit dem verschärften Kampf gegen die freibüchlerische Bürokratie.

Einen breiten Raum in den Verhandlungen des Reichskomitees nahm die Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front ein. Das Reichskomitee unterstrich besonders, daß der ADGB. neben der SPD. und der sozialdemokratischen Preußenregierung die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie ist, und daß zum erfolgreichen Kampf gegen die Bourgeoisie und ihrer faschistischen Diktatur der Hauptstoß gegen die ADGB.-Führer geführt werden muß. Auch hier wurde selbstkritisch festgestellt, daß trotz einer Reihe guter Einzelerfolge ein Mißverhältnis besteht zwischen der ständig wachsenden Rebellion der Mitglieder gegen die Politik der Streikbürokratie und dem Tempo, in dem diese Massen für die revolutionäre Klassenpolitik erobert werden. An Hand einer Reihe von Beispielen wurde festgestellt, daß absolut die Möglichkeit besteht, einen großen Einbruch in die ADGB.-Gewerkschaften zu machen und bei systematischer und konkreter Arbeit die Millionenarmen der ADGB.-Mitglieder für den revolutionären Klassenkampf zu gewinnen. Dies gilt besonders für die Mobilisierung der ADGB.-Mitglieder gegen den von der ADGB.-Bürokratie unterstützten und geleiteten Kandidaten der Bourgeoisie zur Präsidentschaft, Hindenburg, und für ihre Gewinnung für die rote Einheitsfront und deren Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann. Dies gilt für die Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder bei den bevorstehenden Preußenwahlen.

## Die Selbstkritik, die beste Methode zur Verbesserung der Arbeit und zur Massenmobilisierung

Das Reichskomitee, das selbst alle seine Verhandlungen im Geiste rücksichtsloser, kameradschaftlicher Selbstkritik durchführte, stellt vor der gesamten RGO. die Aufgabe, an Hand konkreter Fehler und Mängel aus der Praxis, durch eine selbstkritische Stellungnahme, ihre Wurzeln aufzudecken und zu beseitigen. Dem Reichskomitee bis zu den unteren Einheiten muß die Selbstkritik als die wirksamste Waffe zur Verbesserung der Arbeit und zur Massenmobilisierung angewandt werden.

Die Selbstkritik darf aber nicht nur aus einer kritischen Feststellung der fehlerhaften Praxis bestehen. Sie muß die Durchführung konkreter Maßnahmen zur Verbesserung der Arbeit zur Folge haben.

Die Methoden, mit denen die sofortige Reorganisation der RGO.-Arbeit mit dem Betrieb als Basis und Mittelpunkt und die Durchführung der Kampagne „Jeder Betrieb eine rote Burg“ durchzuführen ist, wurden in besonderen Richtlinien zur Betriebsarbeit festgelegt. Für die Arbeit an der innergewerkschaftlichen Front wurde eine Entschließung mit konkreten Vorschlägen und Maßnahmen angenommen. In einem Appell fordert das Reichskomitee die Arbeiterklasse Deutschlands und insbesondere die Mitglieder der ADGB.-Gewerkschaften auf, die bevorstehenden Präsidentschafts- und Preußenwahlen zu einem Massenaufruf für die rote Einheitsfront, gegen die kapitalistische Einheitsfront von Leipart bis Hitler, für den Kampf um Brot, Arbeit und Freiheit zu gestalten. Weitere Entschließungen wurden angenommen zur Frage des Krieges und zum Krisenlangreg des ADGB. Die Ergebnisse der Tagung und die nächsten Aufgaben der RGO. wurden in einer Resolution niedergelegt.

Die Tagung des Reichskomitees war sowohl eine selbstkritische wie siegesbewußte Tagung. Sie war getragen von dem Bewußtsein, daß es der RGO. gelingen wird, die vorhandenen Mängel und Schwächen zu beseitigen, die Schere zwischen den objektiven Möglichkeiten und der Auslösung einer breiten Streikbewegung und Massenaktionen zu schließen und die rote Einheitsfront zum Kampf für Brot, Arbeit und Freiheit zu schließen. Getragen von diesem Bewußtsein muß jetzt die RGO. von der letzten Betriebs- und Stempelstellengruppe bis zum Reichskomitee an die entschlossene und Kühne Durchführung der gestellten Aufgaben gehen.